

Vorwort	4
1 Verfassungsschutz - eine Forderung des Grundgesetzes	5
1.1 Gesetzliche Grundlagen.....	5
1.2 Aufbau und Organisation.....	6
1.3 Aufgaben des Verfassungsschutzes	7
1.4 Arbeitsweise des Verfassungsschutzes	7
1.5 Informationsaustausch und Weitergabe von Erkenntnissen	9
1.6 Kontrolle des Verfassungsschutzes	9
2 Rechtsextremismus	10
2.1 Allgemeines.....	10
2.2 "Nationaldemokratische" Organisationen	12
2.2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	12
2.2.2 Junge Nationaldemokraten (JN)	15
2.2.3 Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB).....	17
2.3 "National-freiheitliche" Organisationen	18
2.3.1 Deutsche Volksunion - Liste D (DVU - Liste D).....	18
Höhepunkt in der Entwicklung überschritten.....	18
2.3.2 Deutsche Volksunion e. V. (DVU).....	19
2.4 Neonazistische Organisationen.....	20
2.4.1 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP).....	20
2.4.2 Deutsche Alternative.....	22
2.4.3 Nationalistische Front (NF)	23
2.4.4 Hilfgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)	25
2.5 Sonstige rechtsextremistische Organisationen und Randgruppen.....	25
2.5.1 Wiking-Jugend (WJ)	25
2.5.2 Skinheads.....	27
2.6 Rechtsextremistische Verlage, Vertriebsdienste und Computerspiele	27
2.6.1 Freundeskreis Unabhängige Nachrichten (UFK)	28
2.6.2 Vereinigung für Gesamtdeutsche Politik e.V. (VGP).....	28
2.6.3 Verein zur Förderung der Gesellschaftswissenschaften (VFG)	28
2.6.4 Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD).....	29
2.6.5 Rechtsextremistische Publikationen aus dem Ausland	30
2.6.6 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP AO), USA	30
2.6.7 Samisdat-Verlag, Ernst ZÜNDEL, Kanada	30
2.6.8 "Sieg-Aktuell-Jugendpressediens"-Verlag, Österreich	31
2.6.9 Computerspiele.....	32
2.7 Partei "Die Republikaner" (REP)	32
3 Linkeextremismus	35
3.1 Allgemeines.....	35

3.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	35
3.3 DKP-nahestehende Jugend- und Studenten-Organisationen	38
3.3.1 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	38
3.3.2 Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation (J P).....	39
3.3.3 Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB).....	40
3.4 "Neue Linke"	40
3.4.1 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	40
Organisation	40
3.4.2 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)	42
Organisation	42
3.4.3 Marxistische Gruppe (MG).....	42
3.5 Anarchismus	44
4 Terrorismus	49
4.1 Allgemeines.....	49
4.2 Rote Armee Fraktion (RAF) und Umfeld	51
4.2.1 RAF-Kommandobereich	51
4.2.2 Militante der RAF	52
4.2.3 Umfeld der RAF	54
4.3 Revolutionäre Zellen (RZ)	55
4.4 Terroristische und sonstige politisch motivierte Gewalttaten.....	56
4.4.1 Ausgeführte Gewalttaten	56
4.4.2 Angedrohte Gewalttaten	57
5 Ausländerextremismus.....	58
5.1 Allgemeines.....	58
5.2 Türken	58
5.2.1 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (KAPLAN- Verband).....	58
5.2.2 Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/M-L).....	59
5.2.3 TKP/M-L Bolsevik (TKP/M-L B)	59
5.2.4 Devrimci Sol (Revolutionäre Linke).....	59
5.2.5 Devrimci Birlik (Revolutionäre Einheit).....	60
5.3 Kurden.....	60
5.3.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).....	60
5.3.2 Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)	62
5.3.3 Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (FEYKA-KURDISTAN).....	62
5.4 Iraner.....	63
5.5 Srilanker (Tamilen).....	63
5.6 Palästinenser	64
5.6.1 Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)	64

5.6.2 Palästinensischer Arbeiterverband (PAV)	65
5.7 Reaktionen nah/mittelöstlicher Gruppen auf den Golfkonflikt.....	65
5.8 Iren	66
6 Spionageabwehr.....	68
6.1 Allgemeines.....	68
6.2 Lagebericht	68
6.3 Ausblick für die Spionageabwehr	73
7 Maßnahmen im Bereich des Justizministeriums	74
7.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten.....	74
7.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten	74
8 Entwicklung des NADIS-Datenbestandes.....	75

Vorwort

Der vorliegende Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 1990 dient der Information der Allgemeinheit über die Entwicklung im politischen Extremismus von rechts oder links und des Ausländerextremismus, im Terrorismus und in der Spionage. Er ist aber gleichzeitig ein Bericht über den Verfassungsschutz selbst, über seine Arbeit.

Er gehört zu den Instrumenten der wehrhaften Demokratie und wirkt mit, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu bewahren. Diese ist verschiedenen Angriffen ausgesetzt. Die Gefahren zu erkennen bedeutet in vielen Fällen schon eine erfolgreiche Abwehr. Dieser Erkenntnisvermittlung für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit dient die Arbeit der Verfassungsschutzbehörde und insbesondere der Verfassungsschutzbericht.

Die weltpolitischen und nationalen Veränderungen sind nicht ohne einschneidende Wirkungen auf den politischen Extremismus auch in unserem Lande geblieben. Hervorzuheben ist der Zerfallsprozeß im Bereich des organisierten Linksextremismus und das Ansteigen des - auch gewaltbereiten - Rechtsextremismus in den fünf neuen Bundesländern bei abfallenden Mitgliederzahlen in den alten Ländern.

Verstärkte Anstrengungen werden in Ausführung der von der Innenministerkonferenz beschlossenen Konzepte für die innere Sicherheit im Bereich der Terrorismusbekämpfung notwendig sein. Die Ermordung Dr. Rohwedders am 1. 4. 1991 hat die fortdauernde Gefährlichkeit des Terrorismus nachdrücklich bestätigt.

Bei der gebotenen Wachsamkeit aller und der engagierten Arbeit der Sicherheitsbehörden wird unsere in vielen Jahrzehnten gefestigte Demokratie auch diese Herausforderung erfolgreich bestehen.



Dr. Herbert Schnoor
Innenminister des Landes Nordrhein-
Westfalen

Herbert Schnoor

1 Verfassungsschutz - eine Forderung des Grundgesetzes

Der **Parlamentarische Rat**, der im Jahre 1948 nach dem schrecklichen zweiten Weltkrieg und der 12jährigen nationalsozialistischen Gewaltherrschaft die Grundlagen für ein neues staatliches Zusammenleben in den drei westlichen Besatzungszonen legte, stand unter dem Eindruck des Scheiterns der Weimarer Republik. Die Weimarer Republik, die ‚demokratischste Demokratie der Welt‘ mit ihrer reinen Toleranz auch gegenüber den Feinden der Demokratie, hatte den verfassungsfeindlichen Kräften von rechts und links Raum gelassen für ihr Zerstörungswerk an der Verfassungsordnung. Diese Erfahrungen ließen Prof. Dr. Carlo Schmid am 8. September 1948 vor dem Plenum des Parlamentarischen Rates u. a. ausführen:

“Ich für meinen Teil bin der Meinung, daß es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, daß sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft.

Ja, ich möchte weitergehen. Ich möchte sagen: Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muß man . auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.”

Diesen Worten des engagierten Demokraten folgte die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Parlamentarischen Rates, und sie entschieden sich für eine **abwehrbereite, wehrhafte Demokratie**. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist grundsätzlich auch gegenüber ihren Feinden tolerant, sie ist ihnen aber nicht wehrlos ausgeliefert. Überschreiten die Aktivitäten, die eine **Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung** zum Ziele haben, die Grenze des Tolerablen, kann der Staat sich wehren. Unserem demokratischen Staat hat das Grundgesetz die zu seinem Schutz erforderlichen Mittel an die Hand gegeben. Neben anderen Möglichkeiten (Partei- und Vereinsverbote, Verwirkung von Grundrechten, Strafverfolgung) gehört dazu der in Artikel 73 Nr. 10 und Artikel 87 Abs. 1 Grundgesetz ausdrücklich vorgesehene institutionelle **Verfassungsschutz**.

Er hat die gesetzliche Aufgabe, Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu sammeln und auszuwerten. Über seine Erkenntnisse informiert er die politisch Verantwortlichen und versetzt damit die zuständigen staatlichen Stellen in die Lage, verfassungsfeindliche Kräfte angemessen zu bekämpfen. Durch die Information der Bürger in Einzelpublikationen und Jahresberichten schafft er die Voraussetzungen für die geistig-politische Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen des Extremismus. Er ist damit ein Symbol des Selbstbehauptungswillens unseres demokratischen Rechtsstaates.

1.1 Gesetzliche Grundlagen

Im demokratischen Rechtsstaat bedarf staatliches Handeln grundsätzlich einer gesetzlichen Legitimation. Auch der Verfassungsschutz arbeitet nicht im “rechtsfreien” Raum. Seine Aufgaben und Befugnisse sind gesetzlich genau festgelegt. Rechtsgrundlage in Nordrhein-Westfalen sind u. a. das

- *Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NW) vom 21. 7. 1981, geändert durch Gesetz am 17. 12. 1985, 4. 11. 1986 und 9. 10. 1990.*
- *Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (BVerfSchG) vom 20.12.1990.*

Daneben hat der Verfassungsschutz die in verschiedenen anderen Gesetzen (u. a. Personalausweisgesetz, Paßgesetz, Datenschutzgesetz) normierten Rechtsvorschriften zu beachten. Enge Grenzen für das operative Vorgehen der Verfassungsschutzbehörde setzt z. B. das Gesetz über die Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses.

Selbstverständlich sind die Behörden des Verfassungsschutzes als Teil der vollziehenden Gewalt im übrigen auch an Gesetz und Recht (Art. 20 GG) und insbesondere an die in Art. 2 bis 19 GG verankerten Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht gebunden (Art. 1 Abs. 3 GG).

1.2 Aufbau und Organisation

Entsprechend dem föderativen Aufbau gibt es in allen Ländern der Bundesrepublik Verfassungsschutzbehörden, die dem gesetzlichen Auftrag entsprechend zusammenarbeiten. Neben den Landesbehörden für Verfassungsschutz fungiert das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln als Zentralstelle.

Verfassungsschutzbehörde für das Land Nordrhein-Westfalen ist das **Innenministerium** (§ 2 Abs. 1 VSG NW). Für den Verfassungsschutz ist die Abteilung VI des Innenministeriums zuständig, die sich in folgende Aufgabenbereiche gliedert:

- *Nachrichtenbeschaffung über geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht*
- *Nachrichtenbeschaffung über politischen Extremismus und Terrorismus*
- *Auswertung von Informationen über*
 - *Rechtsextremismus*
 - *Linksextremismus*
 - *Terrorismus*
 - *Ausländerextremismus*
- *Mitwirkung bei der Überprüfung von Geheimnisträgern*
- *Mitwirkung im Rahmen des personellen und materiellen Geheimschutzes und des vorbeugenden Sabotageschutzes*
- *Verfassungsschutz durch Aufklärung*

1.3 Aufgaben des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz dient gemäß Art. 73 Nr. 10 Grundgesetz und §1 VSG NW **dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes.**

Die wesentlichen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hat das Bundesverfassungsgericht als oberstes Organ der Rechtsprechung in mehreren Entscheidungen definiert:

- *die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten*
- *die Volkssouveränität*
- *die Gewaltenteilung*
- *die Verantwortlichkeit der Regierung*
- *die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung*
- *die Unabhängigkeit der Gerichte*
- *das Mehrparteienprinzip*
- *die Chancengleichheit der politischen Parteien*
- *das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.*

Der Erhalt dieser Prinzipien dient dem Schutz des einzelnen Bürgers vor der Allmacht des Staates. Es handelt sich somit um eine Ordnung des menschlichen Zusammenlebens, wie sie die totalitären Staaten nicht kennen.

Die Beseitigung dieser demokratischen Grundordnung ist das eigentliche Ziel der **Extremisten** von rechts und links. Sie zu beobachten ist daher eine der Aufgaben des Verfassungsschutzes.

1.4 Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz ist im wesentlichen ein Nachrichtendienst. Er besitzt **keine polizeilichen Befugnisse**. Daher können die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes auch keine Zwangsmaßnahmen - z. B. Festnahmen, Durchsuchungen - durchführen.

Verfassungsschutz und Polizei sind in der Bundesrepublik Deutschland auch organisatorisch getrennt. Erscheint dem Verfassungsschutz aufgrund seiner Erkenntnislage ein polizeiliches Eingreifen erforderlich, so unterrichtet er die Polizeibehörden von seinen Beobachtungen. Diese entscheiden dann in eigener Verantwortung, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind.

Der Verfassungsschutz sammelt in Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen über die zu beobachtenden Bestrebungen und wertet sie aus. Auch ein Nachrichtendienst nutzt dabei überwiegend die **offenen Quellen**, d. h. die allen zugänglichen Erkenntnismöglichkeiten. Dies

sind insbesondere Zeitungen und Zeitschriften, Flugblätter, Programme, Broschüren und sonstiges Material extremistischer Organisationen, mit denen diese ihre Vorstellungen propagieren und für ihre verfassungsfeindlichen Ziele werben.

Die auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse reichen jedoch allein nicht aus, um ein objektives und zuverlässiges Bild über die tatsächlichen - oft geheimgehaltenen - Planungen verfassungsfeindlicher Organisationen zu erhalten.

Um auch auf diesen Feldern zu fundierten Erkenntnissen zu gelangen, ist der Verfassungsschutz befugt, **nachrichtendienstliche Mittel** einzusetzen, d. h. Methoden, die der geheimen, vom Betroffenen nicht wahrnehmbaren Nachrichtenbeschaffung dienen. Dazu zählen insbesondere

- *das Anwerben und Führen von Vertrauensleuten (V-Leuten) in extremistischen oder terroristischen Vereinigungen*
- *die Observation verdächtiger Personen, um über ihre Aktivitäten, Aufenthaltsorte und Kontakte Aufschluß zu erhalten*
- *das geheime Fotografieren*
- *der Einsatz von Tarnmitteln, mit denen verdeckt werden soll, daß der Verfassungsschutz Beobachtungen durchführt.*

Eine gesetzliche Ermächtigung für die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs ist für den Verfassungsschutz im Gesetz zu Artikel 10 GG ausdrücklich vorgesehen. Wegen der strengen Zulässigkeitsvoraussetzungen wird hiervon nur selten Gebrauch gemacht.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, daß bei der Beobachtung extremistischer Bestrebungen in erster Linie Informationen über die Aktivitäten der entsprechenden **Organisationen** gesammelt und ausgewertet werden. Ziel der Beobachtung ist es, ein umfassendes Bild über ihre Ziele, Methoden und Tätigkeiten, Finanzierung und Mitgliederzahlen zu gewinnen. Erkenntnisse über Einzelpersonen fallen daher nur als Ergebnis der Beobachtung von Organisationen an.

1.5 Informationsaustausch und Weitergabe von Erkenntnissen

Die Sammlung und Auswertung von Informationen über verfassungs- und sicherheitsgefährdende Bestrebungen ist kein Selbstzweck. Die Verfassungsschutzbehörde unterrichtet regelmäßig die politisch Verantwortlichen über ihre Erkenntnisse. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit dient der geistig-politischen Auseinandersetzung jedes einzelnen Bürgers mit den Verfassungsfeinden.

Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen arbeiten die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder zusammen. Der Aufrechterhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie der inneren und äußeren Sicherheit dient die Unterrichtung der jeweils zuständigen Behörden, insbesondere der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Andererseits ist der Verfassungsschutz auf die Erkenntnisse anderer Behörden angewiesen. Der Informationsaustausch zwischen den Behörden unterliegt jedoch den strengen gesetzlichen Grenzen, die sich insbesondere aus den Datenschutzgesetzen des Bundes und der Länder, den Verfassungsschutz- und Verwaltungsverfahrensgesetzen ergeben.

An nichtstaatliche Stellen dürfen Informationen grundsätzlich nicht gegeben werden. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist und der Innenminister persönlich oder ein von ihm besonders bestellter Beauftragter seine Zustimmung erteilt hat.

1.6 Kontrolle des Verfassungsschutzes

Rechtsstaatliche Verwaltung ist ohne politische und rechtliche Kontrolle nicht denkbar. Auch der Verfassungsschutz ist davon nicht ausgenommen.

Neben die allgemeine, aber außerordentlich wirksame Kontrolle durch die kritische Öffentlichkeit - vor allem verkörpert von den Medien - tritt die gesetzlich vorgesehene Kontrolle durch Parlament, Justiz, Landesrechnungshof und Datenschutzbeauftragten.

Besondere Bedeutung hat dabei das **Parlamentarische Kontrollgremium** des nordrhein-westfälischen Landtages, das die Landesregierung hinsichtlich der Tätigkeit des Verfassungsschutzes kontrolliert. Zu diesem Zweck besitzt es einen umfassenden Unterrichtsanspruch über die gesamte Tätigkeit der Behörde für Verfassungsschutz. Im Rahmen seiner Kontrollfunktion kann das Gremium auch Bürger hören, die sich mit Eingaben an die Verfassungsschutzbehörde gewandt haben.

2 Rechtsextremismus

2.1 Allgemeines

Der Rechtsextremismus verfügt nicht über ein einheitliches theoretisches System. Trotz fehlender gefestigter ideologischer Strukturen lassen sich jedoch wesentliche Merkmale des Rechtsextremismus bestimmen:

Merkmale des Rechtsextremismus

- *übersteigter Nationalismus, der kompromißlos die deutschen Interessen über jene anderer Länder stellt;*
- *Ablehnung pluralistischer Strukturen und deren Ersetzung durch eine rassistisch verstandene "Volksgemeinschaft", die die Rechte des einzelnen dramatisch schmälert und diese einem "Volksganzen" unterordnet*
- *aggressive, häufig menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit;*
- *mangelnde Distanz zum "Dritten Reich" und die Verharmlosung, Rechtfertigung oder Verherrlichung der von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen;*
- *offene oder verdeckte Wiederbelebung des Antisemitismus und anderer rassistischer Thesen;*
- *Diffamierung demokratischer Parteien und deren Vertreter als "Verräter am deutschen Volk".*

**Wie bitte? – Sie sind Deutscher?
Und Sie haben noch Vertrauen zu
den Bonner Parteien?**



**Wenn es nicht so lächerlich wäre,
müßte man bitterlich weinen!**

Wer die 'Unabhängigen Nachrichten' liest, hat Durchblick.
Fordern Sie gegen Rückporto (1.--) eine Leseprobe an:

UN · Postfach 400215, 4630 Bochum

Diese für Rechtsextremisten typischen Merkmale sind nicht bei allen Organisationen in gleichem Maße erkennbar. Während die neonazistischen Gruppen praktisch alle wesentlichen Merkmale des Rechtsextremismus vertreten, lassen sich bei den "nationaldemokratischen" und "national-freiheitlichen" Organisationen häufig nur einzelne, den politischen Extremismus verdeutlichende Elemente nachweisen.

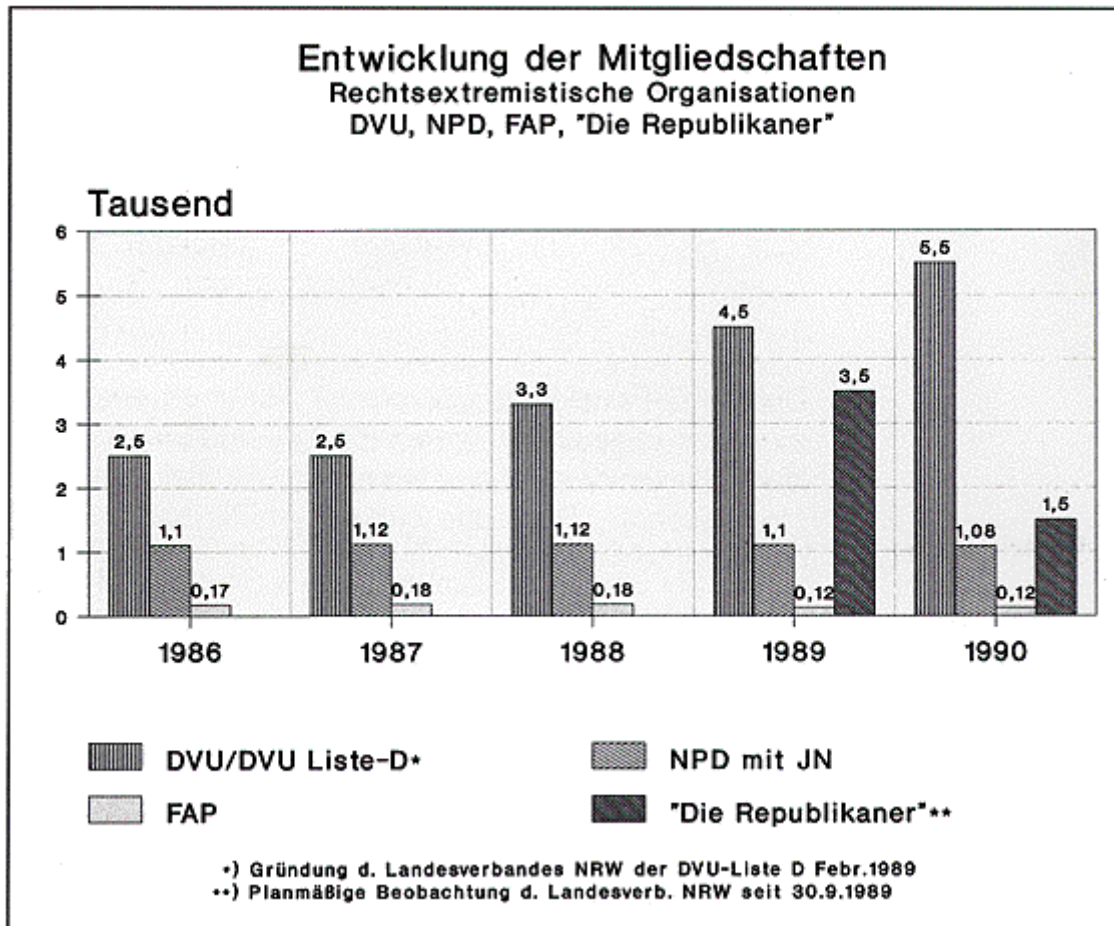
Entwicklung 1990

"Deutsche Allianz" gegründet

Der Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen hat nach einer Phase der Konsolidierung und des Mitgliederzuwachses, der vor allem durch den Ausbau des Landesverbandes der DVU-Liste D möglich war, etwa ab Mitte 1990 in Teilbereichen einen personellen Rückgang zu verzeichnen. Dieser Mitgliederrückgang und die gesunkene politische Akzeptanz haben bereits im organisierten Rechtsextremismus zu Überlegungen geführt, eine neue "Rechtspartei" unter Einschluß von NPD, DVU-Liste D und Abspaltungen der "Republikaner" zu bilden. Nach einem zentra-

len Vorbereitungstreffen am 9. Dezember 1990 in München, dem u. a. Informationsveranstaltungen am 22. November 1990 in Recklinghausen und am 1. Dezember 1990 in Düsseldorf vorausgingen, wurde am 18. Januar 1991 die "Deutsche Allianz" gegründet.

Unter den Neonazis, insbesondere aber auch bei den im Umkreis der Neonazis auftretenden Skinheads, ist eine deutliche Neigung zur Gewaltanwendung sichtbar.



2.2 "Nationaldemokratische" Organisationen

2.2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Organisation

Sitz: Stuttgart
 Sitz Landesverband NRW: Bochum-Wattenscheid
 Mitglieder: 6 500 Bund (1 989: 7.000)
 1.000 NRW (1 989: 1.000)

1964 aus der rechtsextremistischen "Deutschen Reichspartei" (DRP) hervorgegangene Kernorganisation. Die Partei dokumentiert ihre rechtsextremistische Einstellung u. a. durch ihr Bekenntnis zum völkischen Kollektivismus und durch die aggressive Diffamierung demokratischer Institutionen und Personen. Nach Feststellungen des Bundesverfassungs- und des Bundesverwaltungsgerichts darf die

NPD als "eine Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung und Betätigung, als rechtsextrem, als Feindin der Freiheit und als Gefahr für die freiheitliche Grundordnung" bezeichnet werden.

Das NPD-Parteiorgan "Deutsche Stimme" erscheint monatlich in einer Auflage von ca. 200.000 Exemplaren. Der NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen gibt die Monatsschrift "Deutsche Zukunft - NPD-Landesspiegel Nordrhein-Westfalen" heraus.

Beteiligung an Wahlen

Wahlergebnisse:

Landtagswahl NRW am 13. Mai 1990: 3 370 Stimmen = 0,0 % landesweit
(kandidierte aus personellen Gründen
nur in 24 von 151 Wahlkreisen).
Bundestagswahl am 2. Dezember 1990:
145 895 Stimmen = 0,3 % (1987:
227 054 = 0,6 %)
NRW 24 637 Stimmen = 0,2
% (1987: 41 530 = 0,4 %).

Die NPD, die sich durch die Entwicklung in der ehemaligen DDR in ihrer auf eine blockfreie Konföderation als Zwischenstufe einer auf Wiedervereinigung gerichteten Deutschlandpolitik vorübergehend bestätigt sah, konnte nach dem 3. Oktober 1990 trotz Zusammenschlusses mit der Schwesterorganisation "Mitteldeutsche Nationaldemokraten" am 7. Oktober 1990 in Erfurt weder personell noch strukturell von der Wiedervereinigung profitieren. Wie aus den Wahlergebnissen 1990 ersichtlich, blieb bei der Bevölkerung die von der NPD erhoffte politische Akzeptanz aus. So ist die NPD nicht zuletzt angesichts der Konkurrenz ("Die Republikaner") in eine Krise geraten, deren Entwicklung zur Zeit nicht absehbar ist. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf den Rücktritt des langjährigen Bundesvorsitzenden Martin MUSSGNUG aus Tuttlingen auf der Parteivorstandssitzung am 15./16. Dezember 1990 in Wölfersheim/Hessen. MUSSGNUG war erst auf dem Bundesparteitag am 19./20. Mai 1990 in Helmstedt erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt worden. Das Amt des NPD-Parteivorsitzenden wird von dem bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden kommissarisch weitergeführt.

NPD: Einen besseren Staat schaffen (Seite 2)

DEUTSCHE STIMME *Das ganze Deutschland soll es sein!*

15. Jahrgang Nr. 11/
November 1990

Nationaldemokratische Zeitung

Einzelpreis
2,80 DM
20.05
Vertrieb: 36-1
Regist. E 8022
Jahrespreis 1990

Gegen Überfremdung und Asylantenkatastrophe:

Zur Wahl gehen, NPD wählen!

Jetzt 

Stoppt die Völkerwanderung!
**Schluß mit dem
Asylmißbrauch**
DEUTSCHLAND UND DEUTSCHEN



NPD
Nationaldemokraten

Herausgeber: NPD-Parteibüro • Postfach 6328 • 7000 Stuttgart 10
Verantwortlich: Udo Hörsing • Egerthaus

VERRAT!
An unseren Ostdeutschen Landsleuten!
VERRAT!
an unserem deutschen Volke!
Verrät die Grundgesetz!

Das Gesicht von :

CDU
SPD
FDP
GRÜNE
PDS

Lösung unserer Probleme
ist der

NPD
Sichere auch Du die
Zukunft Deiner Kinder
in den
Landtagswahlen
und wählen!



Aktivitäten in NRW

In Nordrhein-Westfalen beschränkte sich der Landesverband weitgehend auf Propagandaaktionen, in deren Mittelpunkt Kampagnen gegen den "Verzicht" auf die früheren deutschen Ostgebiete, gegen die "Ausländer- und Asylantenflut" sowie die "Wohnungsnot" standen. Der Landesparteitag am 29. April 1990 in Essen wies wenig Höhepunkte auf, da weder Vorstandswahlen noch programmatische Entscheidungen zur Debatte standen. Bei der Festlegung der Landesliste zur Bundestagswahl wurde der damalige Bundesvorsitzende Martin MUSSGNUG auf Platz 1 gesetzt.

2.2.2 Junge Nationaldemokraten (JN)

Organisation

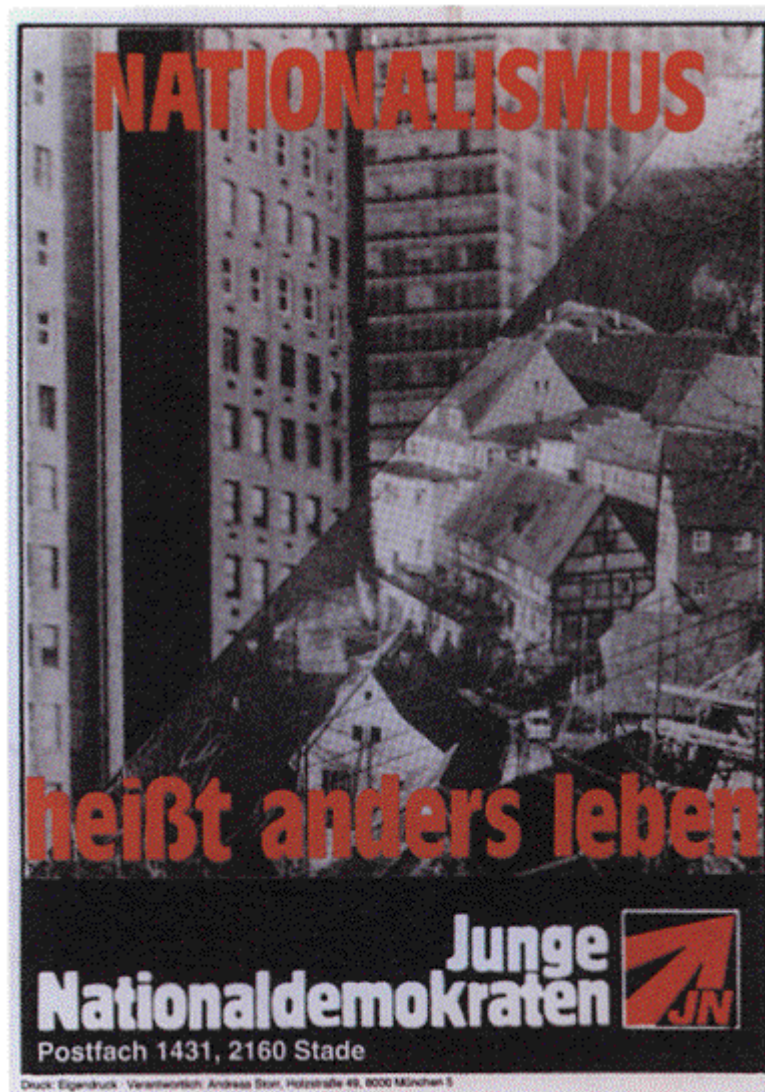
Sitz: Wuppertal
Mitglieder: 750 Bund (1989: 900)
80 NRW (1989: 100)

1969 gegründete Jugendorganisation der NPD. Die JN verfolgen die politische Linie der NPD und lassen in Teilbereichen militante Tendenzen erkennen.

JN-Mitteilungsblatt umbenannt

Seit Juli 1990 erscheint das vom JN-Bundesvorstand herausgegebene Mitteilungsblatt "Junge Stimme" gemäß Vorstandsbeschluss unter der neuen Bezeichnung "Einheit und Kampf". Die Namensänderung soll sichtbar machen, daß sich die JN nunmehr als politische und geistige Vorhut, als Elite der Nation verstehe. Das Mitteilungsorgan des JN-Landesvorstandes NRW "JN-Intern" erscheint unregelmäßig.

Am 1. Dezember 1990 fand in Hagen ein außerordentlicher Landeskongreß der JN statt. Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Neuwahl des JN-Landesvorstandes.



JN-Nationalismuspapier

Bemerkenswert ist aber auch der Vorschlag des Landesvorstandes, auf dem Kongreß durch Vorlage eines Entschließungsantrages "Nationalismus - eine Idee

sucht Handelnde" eine neue programmatische Basis anzubieten. In dem angenommenen Antrag heißt es:

"... Die einzige politische Theorie, die einen sinnvollen Ausweg ... bietet, ist der Nationalismus. Dieser baut auf dem durch die Wissenschaft erschlossenen Menschenbild auf und versucht, nicht wie Marxismus und Liberalismus sich den Menschen ... erst noch zu schaffen ... Aufgabe der Jungen Nationaldemokraten als Speerspitze im nationalistischen Befreiungskampf ist es, neue Kämpfer für die Sache des Volkes zu gewinnen und auf ihre revolutionäre Aufgaben vorzubereiten."

Mit dieser Erklärung knüpft der Landesvorstand deutlich an politische Zielvorstellungen sogenannter nationalrevolutionärer Kreise an, die in den 70er Jahren einen Weg jenseits vom Kapitalismus, Kommunismus und Liberalismus unter Betonung der nationalen Eigenarten der Völker suchten.

Nicht unerwähnt bleiben sollen die Aktivitäten des 1981 von JN-Funktionären gegründeten "Förderverein Junges Deutschland" (FJD) mit Sitz in Münster. Dieser ist zwar nicht organisatorischer Bestandteil der JN, vertritt jedoch sogenannte nationaldemokratische Politik und organisiert u. a. Vortragsveranstaltungen.

FJD stört Veranstaltung und polemisiert gegen die Festschreibung der Oder-Neiße-Grenze

Aufsehen erregte die Störung einer Veranstaltung der VHS Münster mit dem Warschauer Historiker und Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels Wladyslaw BARTOSZEWSKI am 9. Juli 1990 in Münster durch Anhänger des FJD und die Verbreitung von FJD-Flugblättern, in denen gegen die Festschreibung der Oder-Neiße-Grenze polemisiert wurde.

2.2.3 Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)

Organisation

Sitz: Wuppertal
Mitglieder: 50 Bund
15 NRW

1967 in Tübingen gegründete Nebenorganisation der NPD. Er bezeichnet sich in seiner Satzung als "Studentenverband der NPD" und verfolgt die politische Linie der NPD.

Neue NHB-Schrift

Mit Herausgabe einer neuen Schrift "Vorderste Front-Zeitung für politische Theorie und Strategie" (seit Oktober 1990) versucht der Bundesvorstand, die politisch-theoretische Diskussion auf eine breitere Basis zu stellen und damit die Fortschreibung der Grundlagen des Nationalismus zu schaffen.

Die in einem Vorschlag für ein Manifest "Für die Sache des Volkes" niedergelegten Zielvorstellungen weisen starke Parallelen zur programmatischen Erklärung des Landesvorstandes der JN auf.

2.3 "National-freiheitliche" Organisationen

2.3.1 Deutsche Volkunion - Liste D (DVU - Liste D)

Organisation

Sitz: München
Mitglieder: 22.000 Bund (1989: 25.000)
5 500 NRW (1989: 4 500)

Die Partei wurde am 5. März 1987 in München auf Initiative des Münchener Verlegers und Vorsitzenden der DVU Dr. Gerhard FREY und in engem Zusammenwirken mit der NPD gegründet. (D steht für Deutschland). Bundesvorsitzender ist Dr. FREY. Sie versteht sich als "gemeinsamer Wahlverband" der "deutschen Rechten".



Die am Parteiprogramm nicht ohne weiteres erkennbare rechtsextremistische Grundhaltung wird erst an den ihr zuzurechnenden Äußerungen ihrer Funktionäre sowie am Inhalt ihrer auflagenstarken publizistischen Sprachrohre

- *Deutsche National-Zeitung,*
- *Deutsche Wochenzeitung,*
- *Deutscher Anzeiger,*

die im Verlag des Vorsitzenden Dr. FREY erscheinen, deutlich. Darin nehmen breiten Raum die Diffamierung von Ausländern, insbesondere der Asylanten, die Herabwürdigung demokratischer Parteien und Politiker sowie angebliche "Geschichtsfälschungen" und "Umerziehung" der Deutschen nach 1945 ein.

Höhepunkt in der Entwicklung überschritten

Die DVU - Liste D, personell identisch mit der DVU, hat in Nordrhein-Westfalen den mit der Europawahl 1989 erreichten Höhepunkt in ihrer Entwicklung überschritten; der mit dem Ausbau des Landesverbandes NRW erzielte hohe Mitgliederstand von rd. 6 800 (Mitte 1990) ist bereits wieder auf rd. 5 500 Mitglieder ge-

sunken. Der Rückgang ist u. a. zurückzuführen auf das schlechte Ergebnis der von der DVU unterstützten NPD bei der Landtagswahl NRW 1990 und auf kommerzielle Überlegungen des DVU-Gründers und Verlegers Dr. FREY aus München, der nicht mehr bereit ist, erhebliche finanzielle Mittel für die DVU bzw. für die Unterstützung der NPD zu gewähren.

Wahlbündnis DVU - Liste D mit NPD aufgekündigt

In Konsequenz dessen wurde auch das Wahlbündnis mit der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 sowohl von der NPD, die hierfür auf ihrem Bundesparteitag am 19./20. Mai 1990 in Helmstedt bereits Signale setzte, als auch von der DVU beendet.

Die verhaltenen Aktivitäten der überwiegend aus älteren Mitgliedern bestehenden DVU - Liste D bedeuten aber nicht, daß Dr. FREY seine rechtsextremistische Verlegerstätigkeit reduziert hätte. Seit der Wende in der damaligen DDR und der Wiedervereinigung sowie den Vereinbarungen mit Polen zur Oder-Neiße-Grenze bemächtigen sich seine drei Wochenzeitungen voll dieser Thematik. Das sich mit dem Einigungsprozeß verstärkende nationalistische Gehabe seiner Presseorgane, die zunehmenden antipolnischen Berichte, der massiv erhobene Anspruch auf die "Angliederung" der früheren deutschen Ostgebiete, die ausländerfeindlichen Artikel sowie die Herausgabe neuer "Enthüllungsbücher" kennzeichnen die politisch extremistische Haltung des Verlegers und DVU-Vorsitzenden.

2.3.2 Deutsche Volksunion e. V. (DVU)

Die DVU, die in der politischen Zielrichtung mit der DVU - Liste D übereinstimmt, hat nach Überführung der Mitgliedschaften in die DVU - Liste D nur noch geringe Bedeutung.

Von den sechs Aktionsgemeinschaften der DVU

- *Aktion Oder-Neiße (AKON)*
"setzt sich für ein deutsches Deutschland in gerechten Grenzen ein"
- *Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)*
"verteidigt den deutschen Charakter Deutschlands"
- *Ehrenbund Rudel*
"Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten"
- *Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF)*
"will die Interessen des deutschen Volkes bei diesen Medien durchsetzen"
- *Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur*
"kämpft für den Erhalt des Lebens und der Heimat"
- *Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)*

“arbeitet für ein Ende der Kriegsverbrecherprozesse gegen Besiegte des 11. Weltkrieges”

ist 1990 nur die AKON aufgrund der politischen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa wieder etwas mehr in den Vordergrund getreten.

Diese Aktionsgemeinschaften dienen in erster Linie dazu, neue Mitglieder, Spender, Leser und Abonnenten für die Zeitschriften Dr. FREYs zu gewinnen. Die Wirksamkeit dieser Propagandainstrumente der DVU beruht insbesondere darauf, daß bei isolierter Betrachtungsweise vielfach nicht zu erkennen ist, welche Grundhaltung hinter anscheinend unverfänglichen, auch Nichtextremisten vermittelbaren Forderungen wie z. B. “Schutz der deutschen Kultur” steht.

2.4 Neonazistische Organisationen

2.4.1 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Organisation

Sitz: Oberhausen
Mitglieder: 200 Bund (1989: 350)
120 NRW (1989: 120)

1979 gegründete, damals nicht eindeutig rechtsextremistische Partei, die seit 1984 von den als “Bewegung” agierenden Anhängern der 1983 verbotenen “Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten” (ANS/NA) für ihre extremistischen Ziele verwendet wird (“legaler Arm der Bewegung”).

WER IST DIE FREIHEITLICHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI?

Wir sind eine Partei
Arbeiter und Angestellte, Studenten und
sowie der verschiedensten sozialen Schicht
DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI vertritt
Unternehmerverbänden abhängig.
Die Mitglieder eint die Liebe zu unser
sozialistische Einstellung.

Wir sind eine na
Wir vertreten die nationale Idee als F
Wir treten für sein Selbstbestimmung
sowie den Erhalt seiner Identität.
Daher fordern wir den Abzug aller
Ausweisung der „Gastarbeiter“,
Gesamt-Deutschlands.

Wir sind eine
Unsere Industrie befindet sich
und soziale Sicherheit der M
Arbeitskraft der Deutschen z
Dagegen setzen wir die so
Produktions- und Arbeitsm
sen hat und der spekulativ
Riegel vorschreibt.
FAP – für unsere Zukunft

Ich r
 Ich
 Ich

(Name, Vorname)



**Wahlrecht für Ausländer ?
Ein Türke Bürgermeister in unserer Stadt ?
NIEMALS !**

Immer mehr Ausländer überfremden unser Land.
Nun will nach den links-chaotischen GRÜNEN auch die SPD den
Ausländern das kommunale und allgemeine Wahlrecht geben.
Wir von der FREIHEITLICHEN DEUTSCHEN ARBEITER-
PARTEI sagen zu diesen volksfeindlichen Plänen ohne Wenn
und Aber NEIN !

Die F A P tritt konsequent für eine deutsche Politik in die-
sem Land ein.

Informieren Sie sich über unseren politischen Kampf !
DEUTSCHLAND MUSS DEUTSCH BLEIBEN !

Völkerfreundschaft ? JA !
Internationalismus und Rassenmischmasch ? NEIN !


Kampf den volksfeindlichen Bonner Parteien !
Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer !
Schluß mit dem Integrations-Wahnsinn !
Kein Wahlrecht für Ausländer !

**Unsere Jugend
ist arbeitslos.**

**Ausländer
RAUS!**

V.I.S.d.P. F. Scholz, Hegenscheider Weg 62, 5800 Altens

FREIHEITLICHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI
Landesinformationsstelle c/o Siegfried Borchardt
Postfach 1061 - 4600 Dortmund 1 - Tel. 0231-816574



Die FAP als wichtigste neonazistische Gruppierung zeigt Auflösungserscheinungen, die in der Führungsschwäche des Bundesvorsitzenden BUSSE aus München begründet sind. Trotz Herausgabe eines neuen Parteiorgans "Neue Nation - Volkstreue Zeitung für Deutschland" seit Ende Juli 1990, das die bisherige Schrift "FAP-Intern" ablöst und für die der Bundesvorsitzende verantwortlich zeichnet, ist es nicht gelungen, den inneren Zusammenhalt der Partei zu stabilisieren bzw. zu fördern. Hinzu kommt der sich negativ auswirkende Austritt führender Funktionäre.

Neue Neonaziorganisation im Aufbau

Insgesamt ist von einer negativen Entwicklungsperspektive auszugehen, zumal sich erste Strukturen einer neuen NS-Gruppe, der "Nationalen Offensive" (NO) zeigen, die als Auffangorganisation ehemaliger FAP-Funktionäre und Mitglieder

dienen soll. Gleich wohl versucht die FAP, trotz des gesunkenen Mitgliederstandes sich den Schutz des Parteienprivilegs zu erhalten.



Beteiligung an Landtagswahl

Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 1990 trat die FAP lediglich im Wahlkreis Rhein-Siegkreis II - Bonn I an und erreichte 56 Stimmen. Ursprünglich wollte die FAP mit einer Landesreserveliste an der Wahl teilnehmen, konnte aber die dafür erforderlichen Unterstützungsunterschriften nicht beibringen.

2.4.2 Deutsche Alternative

Organisation

Bundesgeschäftsstelle: München
Mitglieder: etwa 140 Bund
etwa 20 NRW

Die in Rivalität zur FAP stehenden Anhänger von Michael KÜHNEN sind nach dem Verbot der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten." (ANS/NA) und der "Nationalen Sammlung" (N.S.) durch den Bundesminister des Innern (1983 und 1989) weiterhin bemüht, neue Organisationsformen zu finden. So ist die von KÜHNEN initiierte und am 5. Mai 1989 in Bremen gegründete "Deutsche Alternative" (DA) nur eine weitere Organisationsbezeichnung für die personell weitgehend unverändert gebliebene "Bewegung".

Bemühungen um Ausbau der DA

Die DA verfügt derzeit in der Bundesrepublik Deutschland über einen Landesverband Bremen sowie drei Kreisverbände (München, Ostwestfalen-Lippe und Ruhr).

KÜHNEN war 1990 bemüht, Gesinnungsgenossen in den neuen Bundesländern zu gewinnen. Dabei nutzt er geschickt das Medieninteresse, um den Eindruck bedeutsamer neonazistischer Stützpunkte zu erwecken.

Am 13. Januar 1990 fand in Weilerswist der erste Bundesparteitag der DA statt, auf dem der Bundesvorstand gewählt wurde.

2.4.3 Nationalistische Front (NF)

Organisation

Sitz: Bielefeld
Mitglieder: 60 Bund (1989: 80)
40 NRW (1989: 50)

Die von Meinolf SCHÖNBORN aus Bielefeld 1985 gegründete und von ihm als Bundesvorsitzender geführte NF tritt mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen auf. Die NF gehört ideologisch zu den als "Nationalrevolutionäre" zu bezeichnenden Neonazis, die sich in der Nachfolge der Brüder Otto und Gregor STRASSER sehen und sich insbesondere auf das Manifest vom 4. Juli 1930 ("Die Sozialisten verlassen die NSDAP") berufen.

NF-Zentren Neben dem sogenannten NF-Zentrum in Bielefeld steht der Gruppierung seit Anfang des Jahres 1989 ein weiteres Objekt in Detmold-Pivitsheide, Quellenstraße, zur Verfügung, das - ebenso wie das Haus in Bielefeld - Schauplatz für Kundgebungen politischer Gegner und für deren gewalttätige Auseinandersetzungen mit NF-Anhängern wurde.

Das aus baurechtlichen Gründen erlassene Verbot der Stadt Detmold auf Durchführung von "NF-Schulungsseminaren" in der Quellenstraße hat die NF veranlaßt, Zusammenkünfte unter neutralen Bezeichnungen wie "Geburtstags- oder Verlobungsfeiern" zu organisieren bzw. ihre Aktivitäten auf das Gelände der Wiking-Jugend in Hetendorf/Niedersachsen zu verlegen.

Bundesparteitage

Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der NF wurden nicht bekannt. Der am 12. Mai 1990 in Detmold-Pivitsheide durchgeführte Bundesparteitag erbrachte auch keine Änderung in der Funktion des Meinolf SCHÖNBORN, Bielefeld, als "Generalsekretär".

Anlässlich eines weiteren Bundesparteitages am 3. November 1990 - ebenfalls in Pivitsheide - stellte die Polizei auf Ersuchen der Stadt Detmold die Personalien der Teilnehmer fest, um Beweise für Verstöße gegen das aus baurechtlichen Gründen erlassene Nutzungsverbot als Seminar- und Tagungsort zu erlangen. Bei früheren Zuwiderhandlungen war die NF bereits durch das zuständige Verwaltungsgericht zur Zahlung von Zwangsgeldern verurteilt worden.

NACHRICHTEN DER



Januar 1990
12. Jahrgang - Nr. 115

Herausgeber: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) - Schriftleiter und verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Markus Privenau, Postfach 102541, 2800 Bremen 1. - Erste Vorsitzende der HNG: Christa Goerth, Postfach 140412, 4600 Bielefeld 14. Postgirokonto Frankfurt/M Nr. 142908 - 607

2.4.4 Hilfgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)

Organisation

Sitz: Frankfurt/Main
Geschäftsstelle: Bielefeld
Mitglieder: 180 Bund (1989: 180)
20 NRW (1989: 20)

Die 1979 in Frankfurt/Main gegründete Hilfgemeinschaft ist eine der mitgliederstärksten neonazistischen Organisationen. Sie hat sich die moralische und finanzielle Unterstützung inhaftierter Neonazis zum Ziel gesetzt und bildet eine zentrale Kontaktstelle aller Neonazis in der Bundesrepublik Deutschland.

Die HNG ist - bis auf ihre jährlichen Hauptversammlungen - in der Öffentlichkeit nicht aktiv. Die Klammerfunktion für alle Neonazis wird deutlich anlässlich der Hauptversammlung am 31. Mai 1990 im Kreis Fulda, an der die rivalisierenden NS-Aktivisten mit ihren Anhängern teilnahmen.

2.5 Sonstige rechtsextremistische Organisationen und Randgruppen

2.5.1 Wiking-Jugend (WJ)

Organisation

Sitz: Stolberg
Mitglieder: 400 Bund (1989: 400)
100 NRW (1989 : 100)

1952 gegründete Organisation. Die nach dem Führerprinzip geleitete, einer germanisierenden Nordlandideologie anhängende WJ ist in "Gaue" und "Horste" gegliedert. Sie empfindet sich in der Tradition der ehemaligen "Hitler-Jugend". Die Bundesführung der WJ verfolgt neonazistische Bestrebungen.



Die aktuelle Bedeutung der WJ liegt insbesondere darin, daß sie Kindern und Jugendlichen erste Berührungen mit rechtsextremistischem Gedankengut vermittelt.

Publikationsorgan ist die vierteljährlich erscheinende Schrift "Wikinger" in einer geschätzten Auflage von 500 Exemplaren.

Bundesweite Aktivitäten

Wesentliche Aktivitäten der WJ waren 1990 in Nordrhein-Westfalen nicht zu verzeichnen. Gleichwohl sind folgende Veranstaltungen wegen ihrer überregionalen Beteiligung nennenswert:

- *Veranstaltung "36. Tage Volkstreuer Jugend" vom 1. bis 5. Juni 1990 im Rahmen eines Pfingstlagers in Hetendorf/Niedersachsen, an der sich teilweise bis zu 180 Personen beteiligten, darunter Gäste aus Dänemark, Österreich, Belgien und den Niederlanden.*
- *Veranstaltung am 9. Juni 1990 in Erfurt mit ca. 200 Teilnehmern.*
- *Sonnenwendfeier vom 23. bis 24. Juni 1990 in Schmalkalden/DDR, an der etwa 60 Personen teilnahmen.*

- *Gedenkmarsch am 3. Oktober 1990 von Simmershausen/Hessen nach Oberweid/Thüringen, an dem sich etwa 40 Personen beteiligten.*

In einer Ansprache erinnerte der "WJ-Bundesführer" u. a. daran, daß sich Deutschland "von der Maas bis an die Memel und von der Etsch bis an den Belt" erstrecke.

Außerdem wies er darauf hin, daß künftige Aktionen der WJ an der Oder-Neiße-Linie stattfinden werden.

- *Wintersonnenwendfeier am 16. Dezember 1990 in Unna mit etwa 50 Teilnehmern.*

2.5.2 Skinheads

Rechtsextremistische Einflußnahme auf jugendliche Randgruppen

Rechtsextremistische Kreise üben seit langem auf einen Teil der Skinhead- und militanten Fußballfanszene eine besondere Anziehungskraft aus; dabei ist in Nordrhein-Westfalen auch 1990 ein Anstieg der Gesetzesverletzungen durch Skinheads zu beobachten.

Die Skinheads in der Bundesrepublik Deutschland sind keine homogene Gruppe. Obgleich bei vielen Skinheads rechtsextremistische Tendenzen und Orientierungen prägend für ihr Verhalten sind, können sie nicht als "neonazistische" Jugendbewegung bezeichnet werden. Ihnen geht es vielfach darum, durch neonazistische Verhaltensweisen zu provozieren und Aufmerksamkeit zu erzielen. Sie sind aber weitgehend weder gewillt noch fähig, Einfluß auf Fragen der politischen Willensbildung zu nehmen. Militante Skinheads stellen vielmehr vor allem eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar! zumal sie bei bestimmten Auseinandersetzungen häufig das neonazistische Gewaltpotential verstärken. Kennzeichnende Verhaltensweisen sind u. a.:

- *extreme Gewaltbereitschaft gegenüber Personen, die als Gegner empfunden werden*
- *starke Gruppenbildung mit exzessivem Alkoholgenuß*
- *Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit sowie*
- *provokatives Verwenden von rechtsextremistischen Kennzeichen (§ 86 a StGB).*

2.6 Rechtsextremistische Verlage, Vertriebsdienste und Computerspiele

Verstärkte rechtsextremistische Propagandatätigkeit

Unabhängig von der vorstehend geschilderten Situation konnte 1990 bei allen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen, insbesondere bei den sogenannten Weltanschauungsvereinigungen, eine verstärkte propagandistische Tätigkeit beobachtet werden. Dies gilt insbesondere dort, wo die Anziehungskraft des

Rechtsextremismus aufgrund sozialer Problemfälle besonders groß ist. Derzeit stehen drei Propagandafelder im Mittelpunkt:

Propagandafelder

- *Versuche, anhand zweifelhafter wissenschaftlicher Untersuchungen und Dokumente, wie beispielsweise des technischen Gutachtens des amerikanischen Ingenieurs LEUCHTER, den Völkermord im Dritten Reich und die Kriegsschuld Deutschlands zu leugnen.*
- *Agitation gegen die Oder-Neiße-Grenze mit Forderung an Polen auf Herausgabe der deutschen Ostgebiete.*
- *Agitation um die Asylanten- und Ausländerproblematik mit rassistischer ("Rassenvermischung") und sozialer Argumentation (Arbeitsplätze und Wohnungen nur für Deutsche).*

Zu den nennenswerten Organisationen aus Nordrhein-Westfalen und dem Ausland, die durch Herstellung von Propagandamaterial in Erscheinung getreten und damit die Tätigkeit der Rechtsextremisten erheblich beeinflussen, gehören:

2.6.1 Freundeskreis Unabhängige Nachrichten (UFK)

(tritt auch auf als "Unabhängige Freundeskreise")

Organisation

Sitz: Bochum

1969 gegründete Gruppe ohne erkennbare organisatorische Struktur. Der UFK macht insbesondere durch die Herausgabe seiner Monatsschrift "Unabhängige Nachrichten" (UN) auf sich aufmerksam, die bundesweit verbreitet wird. In der Publikation wird die Bundesrepublik Deutschland verunglimpft und gegen das Prinzip der repräsentativen parlamentarischen Demokratie agitiert.

2.6.2 Vereinigung für Gesamtdeutsche Politik e.V. (VGP)

Organisation

Sitz: Remscheid

Die VGP ist 1984 durch den Zusammenschluß zweier nationalistischer Gruppen (Vereinigung Deutsche Nationalversammlung und Vereinigung für überparteiliche Gesamtdeutsche Politik) entstanden.

Die Organisation vertritt einen nationalistisch-neutralistischen Kurs, der im Publikationsorgan "Deutschland Schrift für neue Ordnung" manifestiert ist. Die Schrift propagiert insbesondere kriegsschuldleugnende und antisemitische Thesen.

2.6.3 Verein zur Förderung der Gesellschaftswissenschaften (VFG)

Organisation

Sitz: Wipperfürth

Der VFG wurde erstmals 1985 durch die Herausgabe einer als rechtsextremistisch bewerteten Broschüre "Zur Lage der Nation" bekannt. Erst seit Januar 1990 erscheint monatlich das Publikationsorgan "Deutsche Gegenwart" (DG), das nur für Mitglieder erhältlich und nicht frei verkäuflich ist.

In den Schriften wird im wesentlichen gegen das parlamentarische System der Bundesrepublik Deutschland polemisiert, die Verbrechen des Dritten Reiches werden geleugnet bzw. relativiert und staatliche demokratische Institutionen verunglimpft.

2.6.4 Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)

Organisation

Sitz: Bochum

Der FFD trat erstmals im Juni 1989 durch die Verbreitung einer Flugschrift mit dem Titel "Auschwitz in alle Ewigkeit?" in Erscheinung. Er ist ohne erkennbare Organisationsstruktur und personell weitgehend mit dem "Freundeskreis Unabhängige Nachrichten" (UFK) identisch. Die vom FFD regelmäßig verbreiteten Flugschriften beinhalten insbesondere kriegsschuldleugnende Thesen und rassistisches Gedankengut.

FREUNDESKREIS
"FREIHEIT FÜR DEUTSCHLAND"

Anlässlich einer von ihm einberufenen Pressekonferenz erklärte der englische Historiker *David Irving* u.a.:

"Es gab weder in Auschwitz, noch in Majdanek, noch in Treblinka Gaskammern in den deutschen Konzentrationslagern. Es gab keine Massenvernichtungen durch Giftgas!

Mister Irving verglich die Erkenntnisse über Auschwitz durch die wissenschaftliche Arbeit des Ingenieurs *Leuchter* *) mit der Entlarvung des Betrugs im Zusammenhang mit dem "Leichentuch Christi" in Turin.

Die anwesenden jüdischen Journalisten waren sprachlos, nachdem sie hörten, daß die Augenzeugen von "Vergasungsvorgängen" sich entweder geirrt oder gelogen haben mußten.

Mister Irving sagte u.a.:

"Hunderte von Millionen ehrlicher, intelligenter Menschen wurden durch extrem finanzstarke, wie auch brillant gemachte Nachkriegspropaganda hinters Licht geführt."

Irving leugnet Gaskammern

SAD, London

Der Engländer David Irving (50), Verfasser zahlreicher Bücher über die NS-Zeit, leugnet neuerdings sogar, daß in den KZs Juden vergast wurden. In einem Vorwort zu dem Buch „The Leuchter Report“ des Amerikaners Fred Leuchter behauptet der umstrittene und unter Historikern als Außenseiter geltende Zeitgeschichtler: „Die berüchtigten Gaskammern von Auschwitz, Treblinka und Majdanek hat es nie gegeben. Sie existierten höchstens als Hirngespinnste der brillanten britischen Abteilung für psychologische Kriegsführung (PSE).“

"DIE WELT" Nr. 141 v. 21.6.1989 S. 10

2.6.5 Rechtsextremistische Publikationen aus dem Ausland

Insbesondere von nordamerikanischen Propagandazentren beziehen deutsche Neonazis auch in Nordrhein-Westfalen seit Jahren große Mengen an neonazistischem Propagandamaterial, das zumeist unter konspirativen Umständen wie durch Verwenden neutraler Umschläge und fingierter Absender eingeschleust wird. Die überwiegend unbekanntenen Empfänger verbreiten dieses Material nicht nur in Kreisen Gleichgesinnter sondern auch - oft unerkant - in der Öffentlichkeit. Die wichtigsten Organisationen sind:

2.6.6 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP AO), USA

Die Haupttätigkeit der NSDAP-AO besteht darin, in den USA hergestelltes Propagandamaterial einzuschleusen und zu verbreiten. Zu diesem Zweck verfügt sie im Bundesgebiet über eine Reihe von Stützpunkten, die von Einzelpersonen oder Kleinstgruppen gebildet werden und ihre Aktivitäten weitgehend konspirativ entwickeln. Das Agitationsmaterial wird von den Neonazis auch weitgehend genutzt, da die Herstellung von NSPropagandamaterial in der Bundesrepublik Deutschland verboten ist. Die NSDAP-AO bietet damit für deutsche neonazistische Organisationen ideologische Unterstützung.



Das stärkste propagandistische Mittel ist das von Gary Rex LAUCK/USA seit 1973 herausgegebene Organ der NSDAP-AO, der "NS-Kampftruf". In ihm wird der Nationalsozialismus verherrlicht, der Antisemitismus propagiert und zu Gewaltanwendung aufgefordert. Daneben gelangen große Mengen Hakenkreuzaufkleber und -plakate mit volksverhetzenden und zum Rassenhaß aufrufenden Parolen in die Bundesrepublik Deutschland, die vornehmlich bei den Hakenkreuzschmierereien der Neonazis benutzt werden.

2.6.7 Samisdat-Verlag, Ernst ZÜNDEL, Kanada

Der Verlag "Samisdat", Toronto, von dem Deutsch-Kanadier Ernst Christoph ZÜNDEL geleitet, verbreitet regelmäßig seine Rundbriefe "Germania" auch unauf-

gefordert an Bürger und bietet Video-Filme rechtsextremistischen Inhalts an. ZÜNDEL benutzt seine Publikationen, um den "Holocaust" zu leugnen.



2.6.8 "Sieg-Aktuell-Jugendpressediens"-Verlag, Österreich

Der "Sieg-Aktuell-Jugendpressediens"-Verlag versendet seine gleichnamige Zweimonatsschrift auch an Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland. Er verfolgt mit seiner Schrift das Ziel, Einfluß auf die "Junge Rechte" in Österreich und anderen westeuropäischen Ländern zu gewinnen. Propagandistische Schwerpunkte der Publikationen sind Beiträge gegen die sogenannte Sechs-Millionen-Lüge und "Fremdrassige".



2.6.9 Computerspiele

Verbreitung rechtsextremistischer Computerspiele hält an

Seit 1987 werden zunehmend Computerspiele mit nationalistischem, rassistischem, ausländerfeindlichem, gewaltverherrlichendem und dem Führerkult huldigem Inhalt auf Disketten in jugendlichen Kreisen vertrieben. Die Hersteller der Programme sind derzeit unbekannt. Die überwiegend primitive Aufmachung läßt darauf schließen, daß die Erzeugnisse privat und ohne professionelle Hilfe gefertigt werden. Die Computerspiele werden im allgemeinen durch Raubkopien vervielfältigt und ausschließlich unter der Hand gehandelt, verliehen oder getauscht. Nach neueren Erkenntnissen werden die Disketten oft über anonyme Postlageradressen verbreitet. Ein direkter und völlig anonymer Programmaustausch soll zum Teil auch über sogenannte Mailboxsysteme, die über das öffentliche Telefonnetz erreichbar sind, erfolgen.

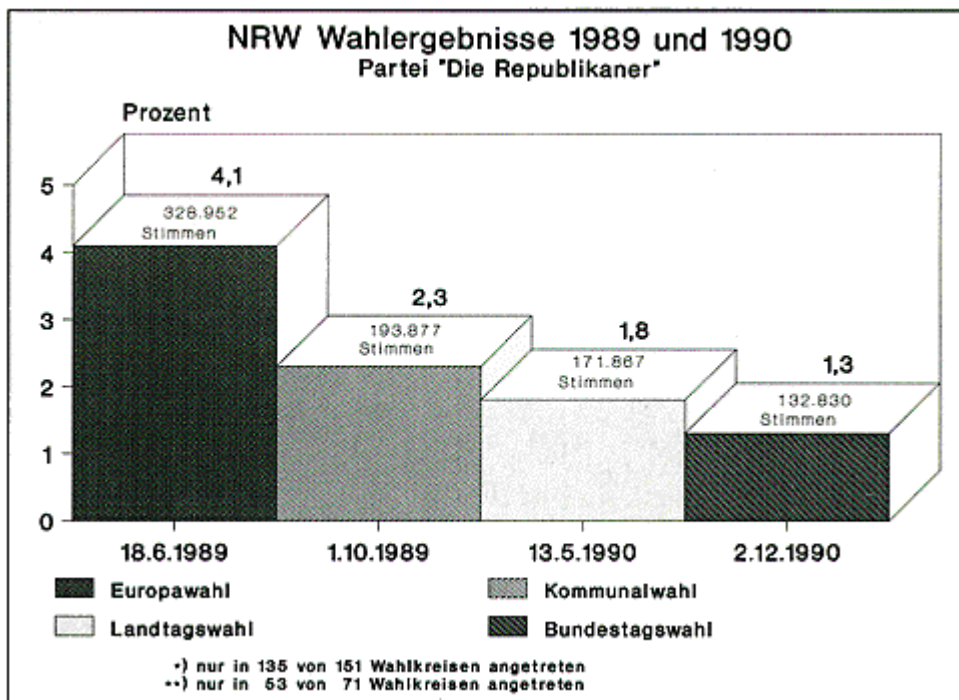
Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften hat bereits eine Reihe dieser Computerspiele in die Listen der jugendgefährdenden Schriften aufgenommen. Im gesamten Bundesgebiet sind zahlreiche Ermittlungsverfahren anhängig.

2.7 Partei "Die Republikaner" (REP)

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Organisation

Sitz: Düsseldorf
Mitglieder: 1 500 (1 989: 3 500)



Neues Parteiprogramm

Die Partei "Die Republikaner" hat sich durch Verabschiedung ihres Parteiprogramms 1990 auf dem Bundesparteitag am 13./14. Januar 1990 in Rosenheim

programmatisch der umstrittenen Formulierungen im alten Parteiprogramm entledigt.

Weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen

Unabhängig von diesem neuen Programm ist für das Jahr 1990 festzustellen, daß sich die Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen erhärtet haben, das gilt vor allem für die örtlichen Gruppierungen der Partei. Die Anhaltspunkte lassen sich wie folgt charakterisieren:



- *Diffamierung von Repräsentanten demokratischer Institutionen*
- *Ausländerfeindlichkeit, die sich gegen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte richtet*
- *Kontakte zu Vertretern rechtsextremistischer Organisationen*
- *Agitation gegen die sogenannte Umerziehung des deutschen Volkes durch die "Siegermächte"*

- *undemokratische Willensbildung innerhalb der Partei*
- *personelle Besetzung von Parteifunktionen mit Personen rechtsextremistischen Vorlaufs.*

Landesverband zerstritten

Der Landesverband NRW zeigte 1990 kein politisch einheitliches Bild. Die Parteiaktivitäten waren gekennzeichnet von Auseinandersetzungen der Mitglieder untereinander und von oppositionellen Bewegungen gegen den Landesvorstand. Dies wurde insbesondere beim Landesparteitag im August 1990 in Königswinter deutlich, dessen Wahlergebnisse vom Bundesschiedsgericht der Partei wegen Satzungsverstoßes für nichtig erklärt wurden. So war ein neuer Parteitag im Oktober 1990 in Königswinter notwendig, der den Vorsitzenden des Bezirksverbandes Südwestfalen zum neuen Landesvorsitzenden wählte.

Die Hoffnungen der "Republikaner", nicht nur im Land, sondern auch bundesweit eine "rechte" politische Alternative zu bieten, erfüllten sich nicht. So standen beispielsweise dem landesweiten Stimmenanteil von 1,8 % bei der Landtagswahl NRW Erwartungen von 3 % bis 4 % gegenüber.

Die desolaten Zustände innerhalb des Verbandes und die immer weiter sinkende Akzeptanz der politischen Forderungen veranlaßte den Landesvorsitzenden Anfang 1991, die Vorstandsmitglieder, Bezirks- und Kreisvorsitzenden auf einen Neubeginn der Parteiarbeit einzuschwören.

3 Linkeextremismus

3.1 Allgemeines

Ziele des Linksextremismus

Die linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen stehen in Gegnerschaft zu tragenden Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Insbesondere werden abgelehnt:

- *die Gewaltenteilung*
- *die Unabhängigkeit der Gerichte*
- *das Mehrparteienprinzip*
- *das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.*

Die bisher dem Kommunismus sowjetischer Prägung verbundenen Organisationen (DKP sowie ihr nahestehende Gruppierungen) waren damit befaßt, nach dem Scheitern des "bürokratisch-entarteten Sozialismus" in den Ländern Osteuropas einen Neuanfang zu versuchen und ihre Zielsetzung neu zu definieren. Die DKP will weiterhin am Konzept einer "revolutionären Partei der Arbeiterklasse" festhalten. Über die zukünftige programmatische Ausgestaltung soll nach einem umfassenden parteiinternen Abstimmungsprozeß auf dem nächsten Parteitag im Jahre 1992 abschließend entschieden werden.

Die Gruppierungen der "Neuen Linken", die den "realen Sozialismus" stets kritisiert hatten, propagieren weiterhin eine revolutionäre Umgestaltung des Staates mit dem Ziel einer kommunistischen Gesellschaftsordnung. Anarchisten sowie anarchistisch orientierte: Autonome lehnen feste ideologische Bindungen ab und fordern eine "herrschaftsfreie Gesellschaft".

Entwicklung I 1990

Die Entwicklung im Jahre 1990 war gekennzeichnet durch den politischen und organisatorischen Zerfallsprozeß der DKP, die etwa die Hälfte ihrer Mitglieder verlor. Auch ihre bisherigen Jugendorganisationen gerieten in eine krisenhafte Entwicklung. Der MSB Spartakus mußte sich selbst auflösen.

Bei den Organisationen der "Neuen Linken" trat der von ihnen erhoffte Aufschwung nicht ein. Sie beklagten, daß es nunmehr noch schwerer geworden ist, für eine kommunistische Gesellschaftsordnung zu werben und griffen verstärkt Besorgnisse auf die der Prozeß der deutschen Einigung ausgelöst hat, um gegen die "Vergrößerung der kapitalistischen Nation" zu agitieren.

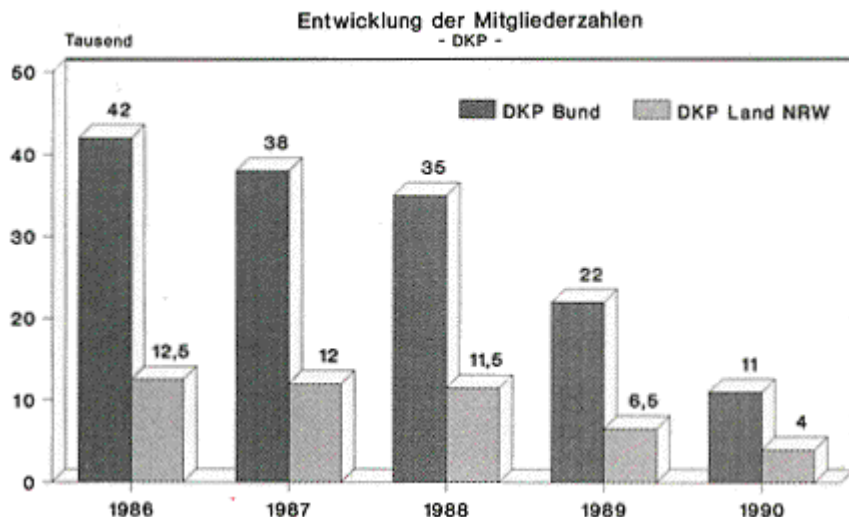
3.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Organisation

Sitz des
Partei Vorstandes: Essen
Mitglieder: 11.000 Bund (1989: 22.000)

4.000 NRW (1989: 6 500)

Die 1968 gegründete DKP vertritt die bisher als "orthodox kommunistisch" bezeichnete Richtung des Linksextremismus. Sie bekennt sich als "die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse" Deutschlands zum Marxismus-Leninismus und strebt unverändert eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an.



1990 setzte sich der politische und organisatorische Niedergang der DKP fort. Nachdem alle hauptamtlichen Beschäftigungsverhältnisse bis zum Ende des ersten Quartals 1990 gelöst worden waren, wurde die weitere Parteiarbeit nur noch auf ehrenamtlicher Basis geleistet.

Die Parteibüros in Düsseldorf und Bonn wurden aufgegeben. Der DKP-Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen etablierte sich in der zentralen Einrichtung der DKP, der "Karl-Liebknecht-Schule" in Leverkusen, der Parteivorstand zog in das Gebäude des DKP-Bezirksvorstandes Ruhr-Westfalen in Essen, in dem auch zusätzlich andere Organisationseinheiten untergebracht wurden.



Die DKP-Bezirksorganisationen Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen führten im Februar 1990 Bezirksdelegiertenkonferenzen durch. Anstelle eines Bezirksvorsitzenden und seines Stellvertreters wählten die Delegierten einen 8 Personen (Bezirk Ruhr-Westfalen) bzw. 4 Personen (Bezirk Rheinland-Westfalen) umfassenden Sprecherrat.

Da auch die beiden Bezirksdelegiertenkonferenzen in Nordrhein-Westfalen nicht die erhoffte Stabilisierung gebracht hatten, setzten sich die Auseinandersetzungen in der Partei zwischen "Erneuerern" und "Traditionalisten" bis zum 10. Parteitag am 24./25. März 1990 in Dortmund fort. Bis etwa Mitte 1990 traten die "Erneuerer" fast vollständig aus der DKP aus.

Parteitag legt Krise offen

Die von dem Parteitag der DKP erhofften politischen und organisatorischen Impulse traten nicht ein. Der Rechenschaftsbericht legte einen fast vollständigen Verlust der Handlungsfähigkeit, den Zerfall ganzer Parteigliederungen, eine Identitäts- und Existenzkrise sowie einen Tiefpunkt der Entwicklung offen. Der Parteitag verabschiedete ein neues vorläufiges Statut, das die Wahl eines aus vier Personen bestehenden Sprecherrates anstelle des Parteivorsitzenden und seines Stellvertreters ermöglichte.

Beteiligung an Landtagswahl

Zentralorgan der DKP "UZ" erscheint vierzehntägig

Zur Landtagswahl am 13. Mai 1990 kandidierte die DKP in Nordrhein-Westfalen - unter Verzicht auf einen nennenswerten Wahlkampf - nur im Bezirk Ruhr-Westfalen in den Städten Bottrop, Duisburg, Essen, Herne, Mülheim a. d. Ruhr, Münster und Recklinghausen in 18 Wahlkreisen. Sie erzielte insgesamt 2.376 Stimmen (landesweit 0,0 %).

Im Mai 1990 mußte die "Hausdruckerei" der DKP die Firma PLAIV BECK & Co. Druck und Verlag GmbH in Neuss, infolge des Wegfalls der Finanzierung durch die SED einen Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens stellen. Das dort gedruckte Zentralorgan der DKP "Unsere Zeit" (UZ) stellte im Juni 1990 sein Erscheinen vorübergehend ein. Seit dem 20. Juli 1990 erscheint die UZ wieder in vierzehntägigem Abstand. Sie wird in der Druckerei der Zeitung der Kommunistischen Partei Luxemburgs gedruckt.

Ende 1990 hat sich der Sprecherrat der DKP erneut für das Konzept einer "revolutionären Arbeiterpartei" in ganz Deutschland ausgesprochen. Eine Konferenz zum Fortgang der Erneuerung der DKP sowie der 11. Parteitag im Frühjahr 1991 sollen weitergehende Entscheidungen über die Stellung der Partei im Verhältnis zu anderen Gruppierungen fällen.

3.3 DKP-nahestehende Jugend- und Studenten-Organisationen

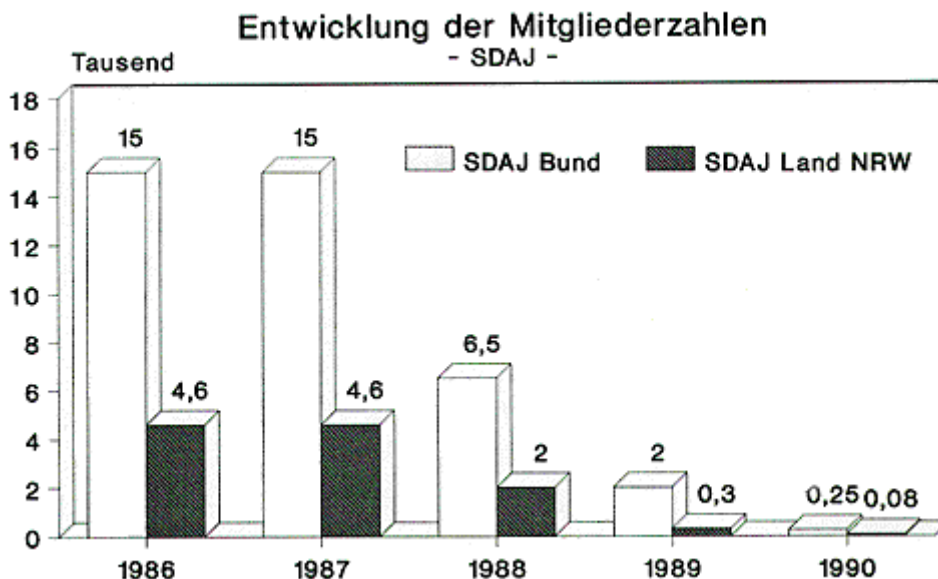
3.3.1 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Organisation

Sitz: Essen

Mitglieder: etwa 250 Bund (1989: 2.000)
unter 100 NRW (1989: 300)

Die 1968 gegründete SDAJ ist eine der DKP nahestehende Jugendorganisation.



Außerordentlicher Bundeskongreß mit dem Ziel einer Neuorganisation

Die bisher von der DKP abhängige und von Zerfallserscheinungen gekennzeichnete SDAJ veranstaltete am 20./21. Januar 1990 in Essen einen außerordentlichen Bundeskongreß mit dem Ziel einer politisch-organisatorischen Neuorganisation. Kommunistische Jugendverbände aus 18 Staaten hatten Vertreter entsandt. Die Delegierten wählten einen 34 Personen umfassenden Bundesvorstand. Sie nahmen eine Erklärung an, die bis zur Verabschiedung eines neuen SDAJ-Programms die politisch-ideologische Basis für die Arbeit der SDAJ bildet. In diesem Dokument bezeichnet sich die SDAJ nach wie vor als "revolutionäre, sozialistische Arbeiterjugendorganisation, die auf der Grundlage der Ideen von Marx, Engels und Lenin wirkt, eng verbunden mit der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der DKP".

3.3.2 Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation (J P)

Organisation

Sitz: Essen
Mitglieder: etwa 150 Bund (1989: 800)

Die 1974 gegründeten JP sind eine der DKP nahestehende Kinderorganisation.

Bundeskongferenz für Erhalt und Erneuerung der JP

Die krisenhafte Entwicklung der DKP hat auch die JP voll erfaßt. Einer drohenden Auflösung versuchte der Verband auf seiner am 3./4. März 1990 in Essen durchgeführten 7. Bundeskongferenz entgegenzuwirken. An dieser Veranstaltung nahmen ca. 70 Pionierleiter aus 7 Landesverbänden sowie Spitzenfunktionäre der DKP und SDAJ als Gäste teil. Die Delegierten wählten eine Bundesleitung, der 19 Personen angehören. Wichtigstes Ereignis der Beratung war u. a. ein Beschluß zur Annahme sogenannter "Thesen zum Erhalt und zur Erneuerung der Sozialistischen Kinderorganisation Junge Pioniere". In dem Dokument bekennen sich die JP "zu den Errungenschaften sozialistischer Länder und zu dem, was der Sozialismus für die Menschheit geleistet hat."

3.3.3 Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB)

Beschluß zur Selbstaflösung des MSB

Der MSB führte am 23. Juni 1990 mit ca. 50 Delegierten in Münster einen Bundeskongreß durch, auf dem er den Beschluß zur Selbstaflösung faßte. Der im Mai 1971 gegründete Hochschulverband hatte noch etwa Mitte der 80er Jahre rund 6.000 Mitglieder. Er bekannte sich in seinem Programm zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin als "Anleitung zum Handeln". Als Nebenorganisation der DKP war er mit dieser enge ideologische und personelle Bindungen eingegangen. Reformbestrebungen des MSB brachten ihn in Gegensatz zur DKP. Seinen organisatorischen Zusammenhalt verlor der MSB nach dem Ausbleiben finanzieller Unterstützung durch die SED.

3.4 "Neue Linke"

3.4.1 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Organisation

Sitz: Essen
Mitglieder: 1400 Bund (1989: 1 400)
600 NRW (1989: 600)

Die seit 1982 bestehende MLPD ist eine Kernorganisation der revolutionär-marxistischen Gruppierungen ("Neue Linke"). Sie sieht sich als "politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse, die sie im Geist des wissenschaftlichen Sozialismus und im Sinne der Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse Tung erzieht".

Die MLPD ist in acht Bezirke, Ortsgruppen und Stützpunkte untergliedert. In Nordrhein-Westfalen hat die Partei im Herbst 1990 die Bezirke Ruhr-Westfalen und Rheinland-Niederrhein gebildet. Die im Verhältnis zur Mitgliederzahl kostenaufwendige Parteiarbeit wird nach Angaben der MLPD ausschließlich aus Mitgliederbeiträgen und Spenden finanziert.

Bei ihrer Agitation gegen die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland bedient sich die MLPD vornehmlich ihres Zentralorgans "Rote Fahne". Die Zeitung erscheint wöchentlich in einer Auflage von ca. 6000 Exemplaren.



Nebenorganisationen der MLPD

In dem Bemühen um politischen Einfluß stützt sich die MLPD auf ihre Nebenorganisationen

- *Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband (MLSV)*
- *Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller (MLBI)*
- *Arbeiterjugendverband/Marxisten-Leninisten (AJV/M L)*
- *und die Kinderorganisation*
- *“Rotfüchse”.*

Schwerpunkte der politischen Aktivitäten

Die MLPD hatte im Jahre 1990 den Schwerpunkt ihrer politischen Aktivitäten auf die Agitation gegen die Deutschland- und Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland gelegt. Sie veranstaltete mit weiteren Gruppierungen der “Neuen Linken” am 31. März/ 1. April 1990 in Duisburg einen “Antimperialistischen Kongreß”. Auf diesem wurde ein Aufruf zum “aktiven Widerstand gegen die Großdeutschland- und Europapolitik des BRD-Imperialismus” beschlossen und ein Koordinierungsausschuß (KA) für ein “antimperialistisches Bündnis gewählt.

3.4.2 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)

Organisation

Sitz: Köln

Mitglieder: weniger als 350 Bund (1989: 400)
150 NRW (1989: 180)

Die VSP ist 1986 aus einem Zusammenschluß der "Kommunistischen Partei Deutschlands/MarxistenLeninisten" (KPD) mit der trotzkistischen "Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) hervorgegangen. Sie ist eine Kernorganisation der revolutionär-marxistischen Gruppierungen ("Neue Linke") und hat sich das Ziel gesetzt, eine "sozialistische, revolutionäre Partei zu schaffen, damit die Arbeiter- und Arbeiterinnenklasse ihre Interessen gegen das Kapital und den bürgerlichen Staat durchsetzen und die politische Macht nach einer revolutionären Umwälzung im Rahmen des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft ausüben kann". Die VSP will Sammelbecken aller revolutionär-marxistischen Kräfte sein und strebt daher eine Vereinigung mit anderen Gruppierungen der "Neuen Linken" an.

Die VSP gibt eine vierzehntägig erscheinende Zeitung unter dem Titel "Sozialistische Zeitung" (SOZ) in einer Auflagenhöhe von ca. 2500 Exemplaren heraus.

VSP gegen die Vereinigung

Die VSP lehnt die Einheit Deutschlands ab und beteiligte sich 1990 an hiergegen gerichtete Kampagnen linksextremer Parteien bzw. Gruppierungen, so u. a. an einer bundesweiten Demonstration am 12. Mai 1990 in Frankfurt/Main unter dem Motto "Nie wieder Deutschland! Gegen deutschen Nationalismus, Kolonialisierung Osteuropas, gegen die Annexion der DDR". Den Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland diffamiert sie als Ergebnis einer "Diktatur der Banken und des Großkapitals". Die politischen Aktivitäten der VSP haben in der Bevölkerung keine erkennbare Resonanz gefunden.

3.4.3 Marxistische Gruppe (MG)

Organisation

Sitz: München

Fest eingebundene

Anhänger: mehr als 10000 Bund (1989: 5.000)
etwa 350 NRW (1989: 350)

Die MG ist zu Beginn der 70er Jahre aus den damaligen "Roten Zellen" hervorgegangen und hat sich zur stärksten Organisation der "Neuen Linken" entwickelt. Sie ist eine revolutionär-marxistische Organisation, die ihr Verbandsleben nach außen konspirativ abschirmt. Sie rekrutiert sich im wesentlichen aus Intellektuellen und sucht keinen Kontakt zur Arbeiterschaft. Schwerpunkte der Arbeit sind ausgiebige interne Schulung und zahlreiche Veröffentlichungen mit polemischer Kritik im Zusammenhang mit aktuellen Ereignissen. Kennzeichnend für die MG ist ihre hierarchische Gliederung, in der strenge Disziplin gefordert ist.

Der organisatorische Schwerpunkt der MG in Nordrhein-Westfalen liegt in Bochum, Dortmund und Duisburg. Hier werden u. a. Schulungen abgehalten und

sind - in Bochum und Dortmund - MG-Buchläden eingerichtet, die der MG auch als Kontaktstellen dienen.

Hauptsächlich in diesen Orten trat die MG 1990 durch öffentliche Veranstaltungen, Bücherstände und die Verbreitung ihrer Schriften in Erscheinung. Zentrale Schrift ist die "MSZ Marxistische Streit- und Zeitschrift - Gegen die Kosten der Freiheit". Daneben erscheinen örtliche Schriften wie die "Bochumer Hochschulzeitung" und die "Dortmunder Hochschulzeitung".



MG polemisiert gegen die Vereinigung

Im Zuge der von der MG kritisch begleiteten deutschen Vereinigung sprach die MG davon, "daß die DDR in und unter bundesdeutsche Hoheit gestellt wird". An anderer Stelle findet sich die Äußerung über einen Machtzuwachs der Parteien, "den die Einverleibung: der DDR Bonn beschert hat".

In "Thesen der Marxistischen Gruppe zum Anschluß" heißt es Anfang 1990, eine "kapitalistische Nation vergrößert sich ... Mit den neuen Grenzen stellt sie neue Grenzfragen; und deswegen liegen schon ihre Ansprüche, die militärische Ausstattung betreffend, auf dem Tisch".

3.5 Anarchismus

Anarchisten lehnen staatliche Ordnung ab

Anarchisten sind Gegner jeder staatlichen Ordnung und lehnen demzufolge die verfassungsmäßigen Organe der parlamentarischen Demokratie ab. Sie wollen sie revolutionär beseitigen und die herrschaftslose Gesellschaft - die Anarchie - errichten. Nach anarchistischem Selbstverständnis bestehen größere anarchistische Organisationen mit Gremien, die allgemein verbindliche Entscheidungsbefugnisse haben, nicht. In der Regel handelt es sich um örtliche Kleingruppen, die ihre Aktivitäten eigenständig entfalten.

Die Ausnahme hiervon stellt die anarchosyndikalistische Freie ArbeiterInnen-Union (FAU) dar, die mit Gruppen in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens vertreten ist und sich politisch in ihrer zentralen Schrift "direkte aktion" äußert. Erwähnenswert ist noch die "Graswurzelbewegung" mit ihren selbständigen örtlichen Gruppierungen, von denen einige einer koordinierenden Dachorganisation, der "Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen" (FöGA) angehören.

Die anarchistische Szene ist in Nordrhein-Westfalen personell schwach, organisatorisch zersplittert und in ihrer Vorgehensweise nicht einheitlich.

Aus dem Bereich des Anarchismus hervorzuheben ist das gewaltbereite autonome Spektrum, eine zu Beginn der 80er Jahre entstandene militante Protestbewegung. Ihr ausgeprägter Haß auf Staat und Gesellschaft schlug sich auch im Jahre 1990 in zahlreichen Aktionen nieder, die sich zum Teil in Gewaltakten äußerten, die von erheblichen Sachbeschädigungen bis hin zu Brandanschlägen reichten.



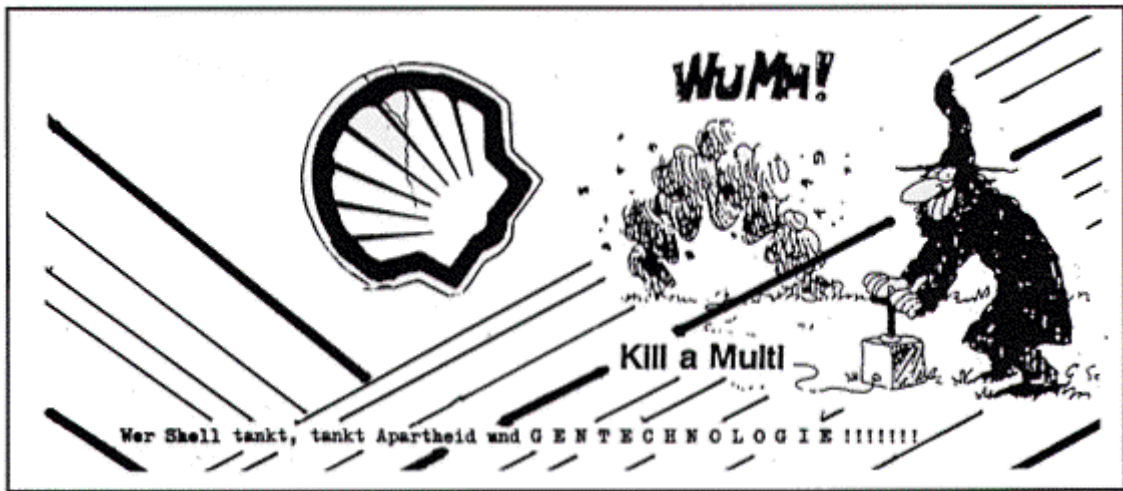
Aktionsfelder des gewaltbereiten autonomen Spektrums

Als schwerpunktmäßige Aktionsfelder im Jahre 1990 sind zu nennen:

- Aktionen gegen sogenannte "Monopolgesellschaften", wie z. B. Mineralölgesellschaften ("Anti-Shell-Kampagne")
- Aktionen im Zusammenhang mit dem Thema "Europa 92"
- Aktionen im Bereich Antifaschismus-/Antiimperialismus-Kampagne
- Aktionen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung

Weiterhin zielten die Aktivitäten des autonomen Spektrums darauf, im sogenannten Häuserkampf "rechtsfreie Räume" für ein "selbstbestimmtes Leben" zu schaffen.

So wurde z. B. nach der Räumung eines ehemaligen Bahnhofs in Duisburg am 25. April 1990 ein Gebäudekomplex in der Duisburger Innenstadt besetzt und die Forderung nach einem "autonomen Zentrum" erhoben.





Im Zusammenhang mit der Räumung besetzter Häuser Mitte November 1990 in Berlin und Mitte Dezember 1990 in Köln und Düsseldorf kam es auch in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens zu "Solidaritätsaktionen", die sich u. a. in Sachbeschädigungen (mit zum Teil erheblichem Schaden), in bezug auf Berlin auch in einem Brandanschlag äußerten.

An gewalttätigen Protestaktionen gegen den 30. Weltkongreß der Internationalen Handelskammer (International Chamber of Commerce - ICC) vom 26. bis 28. Juni

sowie gegen die Premiere des Musicals "Phantom der Oper" am 29. Juni 1990 in Hamburg haben auch Autonome aus Nordrhein-Westfalen teilgenommen.

4 Terrorismus

4.1 Allgemeines

Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

**WIEVIEL SIND HINTER
GITTERN, DIE DIE
FREIHEIT WOLL'N ...**
Wir grüßen alle revolutionären Gefangenen in den Nato-Knästen!

**Für das Leben und die Freiheit der
revolutionären Gefangenen kämpfen
– Zusammenlegung jetzt!**

**Sofortige Freilassung aller haftunfähigen
Gefangenen!**

**Weg mit den Urteilen gegen die
Gefangenen aus dem Widerstand!**

**Weg mit dem Gesamt-RAF-Konstrukt!
Hände weg von der Hafestraße und allen
anderen besetzten Häusern!**

Weg mit dem § 129a!

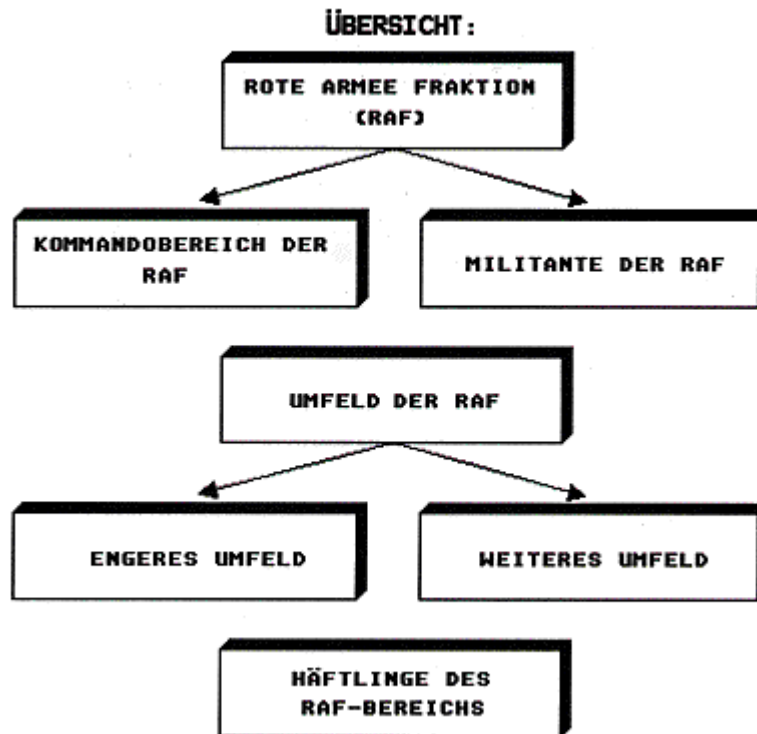
**Bärbel, Norbert und Thomas – wir wünschen
Euch viel Power für Euer Revisionsverfahren!**



**... DIE WIR
DRAUSSEN BRAUCHEN!**

Während die terroristische Rote Armee Fraktion (RAF), deren Kommandobereich sich aus wenigen, streng konspirativ tätigen Mitgliedern zusammensetzt, im Rahmen eines "bewaffneten antiimperialistischen Kampfes" mit Kapitalverbrechen wie Mord und Sprengstoffanschlägen sowie Geiselnahme den gewaltsamen Umsturz

unseres Staats- und Gesellschaftssystems anstrebt, verfolgen die "Revolutionären Zellen" und die ihnen angehörende autonome Frauengruppe "Rote Zora" das Ziel, in kleinen Zellen "Gegenmacht" zu organisieren, um so die "Stoßrichtung für eine Stadtguerilla als Massenperspektive" zu schaffen. Mit Sprengstoff- und Brandanschlägen, bei denen Personenschäden möglichst vermieden werden' aber auch einigen "Bestrafungsaktionen", die sich gegen die Gesundheit und in einem Fall auch gegen das Leben von Einzelpersonen richteten, strebt diese terroristische Vereinigung ebenfalls den Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland an.



Terroristische Bedrohung besteht weiter

Der Sprengstoffanschlag der Rote Armee Fraktion (RAF) auf Staatssekretär Neusel im Juli 1990 sowie ein mißlungener Sprengstoffanschlag Revolutionärer Zellen (RZ) auf das Amt für öffentliche Ordnung/Ausländeramt der Stadt Köln im Mai 1990 lassen erkennen, daß auch in Zukunft mit Anschlägen des deutschen links-extremistischen Terrorismus gerechnet werden muß.*

* Der von RAF-Kommandos verübte Schußwaffenanschlag auf die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn am 13. Februar 1991 und die Ermordung des Vorstandsvorsitzenden der Treuhand, Dr. Rohwedder, am 1. April 1991 in Düsseldorf sowie der von Revolutionären Zellen am 8. Januar 1991 unternommene Versuch eines Sprengstoffanschlages auf das Gebäude der Staatskanzlei bzw. des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf verdeutlichen die andauernde besondere Gefährlichkeit dieser bei

4.2 Rote Armee Fraktion (RAF) und Umfeld

Die RAF bildet eine linksextremistische terroristische Vereinigung, die in einem "bewaffneten antiimperialistischen Kampf" über sogenannte Offensiven und eine noch zu bildende einheitliche antiimperialistische Front in Westeuropa letztlich eine nicht näher erläuterte kommunistische Gesellschaft anstrebt.

4.2.1 RAF-Kommandobereich

Geplanter Mordanschlag auf Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle

Am 5. März 1990 gingen bei zwei Nachrichtenagenturen in Bonn textidentische Schreiben der RAF vom 2. März 1990 ein, die in Frankfurt / Main abgesandt wurden. In den Schreiben erklärt ein RAF- "Kommando Juliane PLAMBECK", es habe "heute" den Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle "angegriffen". In der Erklärung wird der gesamte "Widerstand" zu Aktionen gegen den Staat aufgerufen. In einem weiteren Schreiben vom 3. März 1990 erklärt die RAF, die Aktion sei abgebrochen worden, da es - angeblich - durch ein nicht kalkulierbares Ereignis bei der geplanten Durchführung zu einer Gefährdung Unbeteiligter gekommen wäre. Durch einen Abstimmungsfehler sei die erste Erklärung der RAF bereits vor der Aktion abgesandt worden. Am 27. April 1990 wurde eine dritte ebenfalls als authentisch angesehene Erklärung der RAF vom 26. April 1990 bekannt, in der die Verfasser den angeblich geplanten Anschlag als eine u. a. der "Desorientierung" dienende Geheimdienstaktion des Verfassungsschutzes darstellen. Mit diesem verspäteten und ungläubhaften Dementi versuchte die RAF offenbar, die nach der mißglückten Aktion im RAF-Unterstützerbereich eingetretene Irritation und Unsicherheit zu beseitigen.

Festnahme von 10 mit Haftbefehl gesuchten mutmaßlichen RAF Mitgliedern in der ehemaligen DDR

Im Juni 1990 sind in der ehemaligen DDR 10 mutmaßliche RAF-Mitglieder festgenommen worden:

- *Susanne ALBRECHT am 6. Juni 1990 in Berlin (OST)*
- *Inge VIETT am 12. Juni 1990 in Magdeburg*
- *Ekkehard Frhr. von SECKENDORFF-GUDENT und Monika HELBING am 14. Juni 1990 in Frankfurt/ Oder*
- *Werner Bernhard LOTZE und Christiane DUMLEIN am 14. Juni 1990 in Senftenberg/Krs. Cottbus*
- *Sigrid STERNEBECK und Ralf Baptist FRIEDRICH am 15. Juni 1990 in Schwedt/Oder*
- *Silke MAIER-WITT und*
- *Henning BEER am 18. Juni 1990 in Neubrandenburg.*

Christiane DÜMLEIN und Baptist Ralf FRIEDRICH wurden wegen Verjährung des Tatvorwurfs des Verdachts der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung

RAF, Ekkehard Frhr. von SECKENDORFF-GUDENT nach Gegenüberstellung mit Tatzeugen am 27. Juli 1990 freigelassen. Bis auf Inge VIETT äußerten sich alle Inhaftierten zu den Tatvorwürfen und gestanden teilweise ihre Beteiligung an weiteren Straftaten. Am 19. November 1990 wurde Baptist Ralf FRIEDRICH wegen Verdachts des versuchten Mordes, Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und anderer Straftaten erneut festgenommen, da er nach Tatgeständnissen anderer Festgenommener verdächtig ist, an dem Sprengstoffanschlag auf US-General Alexander Haig am 25. Juni 1979 in Obourg/Belgien beteiligt gewesen zu sein.

Nach ihren Aussagen waren die Festgenommenen nach der Übersiedlung in die damalige DDR an keinen Straftaten der RAF mehr beteiligt.

Sprengstoffanschlag auf Staatssekretär Neusel

Am 27. Juli 1990 verübte ein RAF-Kommando "Jose Manuel SEVILLANO" in Bonn-Auerberg einen Sprengstoffanschlag auf den Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Hans Neusel, bei dem Staatssekretär Neusel leicht verletzt wurde. Die Täter hinterließen in der näheren Umgebung ein aus drei Sätzen bestehendes Schreiben mit dem RAF-Symbol und der Kommandobezeichnung.

Am 31. Juli 1990 gingen bei verschiedenen Nachrichtenagenturen in Bonn und Frankfurt/Main textidentische Taterklärungen der RAF vom 29. Juli 1990 ein, in denen der Anschlag mit dem Tod des nach einem Hungerstreik in spanischer Haft am 25. Mai 1990 verstorbenen GRAPO-Mitgliedes Jose Manuel SEVILLANO begründet wird. Staatssekretär Neusel vertrete aktuell die eisenharte NATO-Linie für die Bundesregierung gegen die gefangenen "Revolutionäre" in Spanien und verkörpere - wenn auch indirekt - die personelle Kontinuität des deutschen Faschismus vom Dritten Reich zum "Großdeutschland", das auf das Vierte Reich zusteure. Ziel des Anschlags sei die "Durchsetzung der Forderung der Gefangenen und der Aufbau revolutionärer Gegenmacht in Westeuropa" sowie die "Einleitung einer langen Kampfphase gegen die neuentstandene großdeutsche/westeuropäische Weltmacht". Dabei setze sich die "antiimperialistische Front in Westeuropa aus einer Vielfalt von Kämpfen" zusammen.

RAF bekannte sich zu einem Raubüberfall auf einen Supermarkt der Firma Massa in Duisburg

Am 27. September 1990 gingen bei einer französischen Nachrichtenagentur in Bonn und am 1. Oktober 1990 bei der Frankfurter Rundschau gleichartige mit "Rote Armee Fraktion 24.09.1990" unterzeichnete Erklärungen ein, die in Duisburg aufgegeben worden waren. In den als authentisch angesehenen Erklärungen bekennt sich die RAF zu einem Raubüberfall am 5. Juni 1990 auf einen Supermarkt der Firma Massa in Duisburg, bei dem drei unbekannte bewaffnete Täter 325.000 DM raubten. Die RAF dementiert, daß Bewohner der Kiefernstraße in Düsseldorf oder der Hafenstraße in Hamburg Mitglieder der RAF seien oder logistische Unterstützung für die RAF leisteten und daß Aktionen des RAF-Kommandobereiches von inhaftierten RAF-Mitgliedern geplant würden. Alle, die heute in der RAF kämpften, seien illegal.

4.2.2 Militante der RAF

Militante der RAF geben neue Ausgaben von "Zusammen Kämpfen" heraus

Am 27. März wurde die Ausgabe März 1990 und im August 1990 die Ausgabe Nr. 12 der illegal vertriebenen Schrift "Zusammen Kämpfen" bekannt, deren unbekannte Verfasser dem militanten RAF-Bereich zugeordnet werden. Während die Ausgabe März 1990 lediglich aus einer Sammlung von Taterklärungen zum Mord an Dr. Alfred Herrhausen sowie zu den Anschlägen "Kämpfender Einheiten" besteht, enthält die fast 50 Seiten umfassende Ausgabe Nr. 12 u. a. die Erklärung der RAF zum Anschlag auf Staatssekretär Neusel, eine Chronologie von Solidaritätsaktionen und Erklärungen anlässlich des Hungerstreiks in Spanien sowie Beiträge nicht genannter Mitglieder "Kämpfender Einheiten" und Personen des terroristischen Umfeldes, die offenbar einen breiten Diskussionsprozeß mit Initiativen und Gruppen aus anderen "politischen Zusammenhängen" anregen sollen.

Solidaritätskampagne mit in spanischen Haftanstalten hungerstreikenden Mitgliedern der "GRAPO/PCE (r)"

Mit befristeten Hungerstreiks solidarisierten sich seit dem 16. Januar 1990 Gefangene der "RAF und aus dem Widerstand" mit einem am 30. November 1989 in spanischen Haftanstalten begonnenen Hungerstreik inhaftierter Mitglieder der "GRAPO/PCE (r)", die eine "Wiederzusammenlegung" fordern. RAF-Militante und -Anhänger solidarisierten sich - auch im Hinblick auf die Zusammenlegungsforderung der RAF-Häftlinge mit dem Hungerstreik der spanischen Häftlinge durch Sprengstoff- und Brandanschläge, durch Sachbeschädigungen sowie Farb-, Sprüh- und Plakataktionen sowie in Veranstaltungen und bei Demonstrationen. Die Agitation richtete sich dabei auch gegen ein "Europa des Kapitals" und griff insbesondere die Forderung nach Zusammenlegung aller "Gefangenen aus Guerilla und Widerstand" und Freilassung der Gefangenen auf, deren gesundheitliche Wiederherstellung unter Haftbedingungen ausgeschlossen sei.

Militante des RAF-Bereichs sind bundesweit für Anschläge in diesem Zusammenhang verantwortlich, darunter in Nordrhein-Westfalen:

- *Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der Hauptverwaltung der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) in Essen am 4. Februar 1990 mit einem Sachschaden von rd. 1 Million DM. Hierzu bekannte sich eine Kämpfende Einheit "CEPA GALLENDE."*
- *Brandanschlag in der Nacht zum 27. Februar 1990 auf die Schule für Kommunikations- und Datentechnik der Firma Siemens AG in Bonn mit einem Sachschaden von rd. 80.000 DM, verübt von einer Kämpfenden Einheit "HÜSEYIN HÜSNÜ EROGLU".*



4.2.3 Umfeld der RAF

RAF-Umfeld beteiligt sich an Solidaritätskampagne für den Hungerstreik inhaftierter Mitglieder der "GRAPO/PCE (r)"

Brandanschläge und Sachbeschädigungen des RAF-Umfeldes und des sonstigen terroristischen Umfeldes mit zum Teil hohem Sachschaden richteten sich hauptsächlich gegen Niederlassungen der Firmen VAG und Seat, u. a. in Aachen, Essen, Köln, Münster, Wuppertal und Solingen. Darüber hinaus fanden vor der spanischen Botschaft in Bonn mehrfach, teilweise mit überregionaler Beteiligung, Solidaritätskundgebungen statt; in Köln führten Anhänger, darunter auch Personen des RAF-Umfeldes, donnerstags vor dem Gebäude einer spanischen Bank ein "Trommeln für die Wiederauslieferung" der spanischen GRAPO-Mitglieder durch.

Im Rahmen der Solidaritätskampagne wurde bundesweit für den 18. Oktober 1990, dem 13. Todestag der RAF-Häftlinge Gudrun ENSSLIN, Andreas BAADER und Jan-Carl RASPE, zu einem "Antifaschistischen und antiimperialistischen Aktionstag" aufgerufen. An diesem Tag fand in Köln nach dem regelmäßigen "Donnerstagsttrommeln" unter Beteiligung des RAF-Umfeldes vor der Justizvollzugsanstalt eine Demonstration mit rd. 150 Teilnehmern statt. In Bielefeld und Köln wurden Türschlösser von Geschäften und Bankfilialen beschädigt. In zurückgelassenen Erklärungen verknüpften die Täter ihre Aktionen u. a. mit dem Hungerstreik der spanischen Inhaftierten und der Forderung der RAF-Häftlinge auf Zusammenlegung.

4.3 Revolutionäre Zellen (RZ)

Die "Revolutionären Zellen" (RZ) bestehen aus Kleingruppen, die seit November 1973 mit teilweise schweren Sprengstoff- und Brandanschlägen, Sabotageakten und sonstigen Aktionen ein auf Breitenwirkung angelegtes, teilweise sozialrevolutionäres Konzept verfolgen. Anschläge und Aktionen knüpfen in der Regel an aktuelle gesellschaftliche Konflikte an. Innerhalb der RZ besteht seit 1974 eine selbstständig operierende radikal feministische Frauengruppe, die seit 1977 unter der Bezeichnung "Rate Zora" im Rahmen des RZ-Konzepts Anschläge verübt.

Versuchter Sprengstoffanschlag – "Revolutionärer Zellen"

In der Nacht zum 6. Mai 1990 versuchten unbekannte Täter einen Sprengstoffanschlag auf das Amt für öffentliche Ordnung/Ausländeramt der Stadt Köln. Mangels einer hinreichenden Verdämmung des Sprengsatzes erfolgte nur eine Verpuffung, die mit geringem Sachschaden verbunden war. Eine unbekannte männliche Person, die sich als Mitglied der "Revolutionären Zellen" ausgab, hatte telefonisch einen Kölner Pfarrer auf den Sprengsatz hingewiesen.

Am 15. Mai 1990 ging bei einer Kölner Tageszeitung die Erklärung "Revolutionärer Zellen" zu dem versuchten Sprengstoffanschlag ein, in der die Aktion als militante Antwort auf die bundesweite Großrazzia gegen Roma Anfang April 1990 geplant gewesen sei. Gleichzeitig sei der Anschlag auch gegen das neue Ausländerrecht gerichtet, "das beim Amt für öffentliche Ordnung tagtäglich gegen Emigranten/tinnen und Flüchtlinge exekutiert" werde.

Revisionsverfahren wegen Unterstützung der "Revolutionären Zellen"

Im Revisionsverfahren hat der Bundesgerichtshof am 10. Mai 1990 das Urteil des Oberlandesgerichtes Düsseldorf gegen Dr. Ingrid STROBL wegen Beihilfe zur gemeinschaftlichen Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion, Beihilfe zur Zerstö-

zung eines Gebäudes und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (RZ) teilweise aufgehoben und zur erneuten Verhandlung an einen anderen Senat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf zurückverwiesen. Am 22. Oktober 1990 wurde Frau Dr. STROBL wegen Beihilfe zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt; das Urteil ist rechtskräftig.

4.4 Terroristische und sonstige politisch motivierte Gewalttaten

4.4.1 Ausgeführte Gewalttaten

Zahl der politisch motivierten Gewalttaten deutlich angestiegen

Die Polizeibehörden des Landes haben im Jahre 1990 : 98 (1989 : 47) vollendete oder versuchte Gewalttaten registriert. Im einzelnen (entsprechende Vorjahreswerte in Klammern):

2	(3)	Mordanschläge*
4	(6)	Sprengstoffanschläge
30	(18)	Brandanschläge
0	(1)	gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr**
2	(5)	Anschläge auf Hochspannungsmasten
61	(15)	gewalttätige Aktionen gegen Objekte und Sachen

Nach mehrjähriger rückläufiger Entwicklung hat sich 1990 die Anzahl der politisch motivierten Gewalttaten mit 98 Fällen (1989: 47) erstmals wieder deutlich erhöht. Dieser Anstieg um über 100 % erstreckt sich auf die Bereiche "Gewalttätige Aktionen gegen Objekte und Sachen" und "Brandanschläge". In den übrigen Fallgruppen ist eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen.

Bei der Mehrzahl der registrierten Brandanschläge handelt es sich um versuchte Straftaten (17 Fälle) und Ereignisse mit geringem Schadensaufkommen, bei denen überwiegend ausländerfeindliche Tatmotive vorliegen.

* Ein versuchter Mordanschlag wurde durch Sprengmittel verübt. Dieser Fall ist daher auch in der Gesamtzahl der Sprengstoffanschläge enthalten.

** Die versuchte Straftat der Fallgruppe "gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr" in 1989 wurde durch Sprengmittel verübt und ist daher auch in der Gesamtzahl der Sprengstoffanschläge enthalten.

4.4.2 Angedrohte Gewalttaten

Zahl der Angedrohten Gewalttaten zurückgegangen

Im Jahre 1990 wurden 1 18 (1989: 253) anonym fernmündlich oder schriftlich angedrohte Straftaten bekannt, bei denen ein politisches Motiv erkennbar war oder behauptet wurde. Gegenüber 1989 liegt ein Rückgang um mehr als 50 % vor.

In 44 Fällen handelt es sich um sogenannte Bombendrohungen, die in ihrer Mehrzahl gegen öffentliche Einrichtungen, Industrieunternehmen, militärische Objekte, Wohnheime für Asylbewerber und Übersiedler, Fluggesellschaften sowie gegen Personen des öffentlichen Lebens gerichtet waren. Die 74 Fälle sonstiger Bedrohungen richteten sich vorwiegend gegen Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft, ausländische Vertretungen und Geschäftsbetriebe ausländischer Mitbürger, öffentliche Einrichtungen, Industrie- und Wirtschaftsunternehmen sowie gegen Einzelpersonen im Zusammenhang mit der Ausländer-/Asylfrage und Auseinandersetzungen zwischen Antifaschisten und rechtsgerichteten Parteien.

Der Anstieg in der Fallgruppe "Gewalttätige Aktionen gegen Objekte und Sachen" ist hauptsächlich auf verstärkte Resonanz- und Solidaritätsaktionen des militanten linksextremistischen Spektrums zu den Themenkreisen Räumungen besetzter Häuser, Hungerstreik der inhaftierten Mitglieder der "GRAPO/PCE (r)" in Spanien und Wahlboykott zurückzuführen. Darüber hinaus sind zunehmende Protestaktionen gegen die Ansiedlung von Ausländern durch neonazistische (z. B. FAP-Anhänger) und nicht organisationsgebundene Täter zu verzeichnen. Die Straftaten wurden überwiegend durch Einwerfen von Fensterscheiben, Verkleben von Türschlössern und Sachbeschädigungen an Kraftfahrzeugen und Baumaschinen verübt. Die Anschläge richteten sich zumeist gegen Wohnheime für Asylbewerber/Aus- und Übersiedler, Wirtschafts- und Versorgungsunternehmen, öffentliche und militärische Einrichtungen, Geschäftsbetriebe und Einrichtungen ausländischer Mitbürger.

Nach den Ermittlungen sind von den 34 Sprengstoff- und Brandanschlägen 11 Straftaten dem militanten linksextremistischen Spektrum (1989: 12 Fälle) und 4 Anschläge dem gewaltbereiten rechtsextremistischen Umfeld (1989: 1 Fall) zuzurechnen. Die restlichen 19 Straftaten ließen keine eindeutige Urheberschaft erkennen. Aufgrund der Angriffsziele mit den Schwerpunkten Wohnheime für Asylbewerber/Aus- und Übersiedler und türkische Geschäfte und Moscheen kann jedoch in 15 Fällen eine rechtsextremistische Motivation angenommen werden.

Die 2 Mordanschläge wurden durch die ausländische terroristische Gruppierung IRA/PIRA gegen einen britischen Soldaten und durch die RAF gegen Staatssekretär Neusel (Versuch) verübt.

5 Ausländerextremismus

5.1 Allgemeines

Bei extremistischen Ausländerorganisationen handelt es sich um Organisationen von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern, deren Bestrebungen sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Mitgliedschaften in diesen Organisationen sind nicht immer gleichzusetzen mit aktiver Betätigung gegen rechtsstaatliche Normen des Gastlandes. Sie dienen zum Teil nur der Kontaktpflege sowie der gegenseitigen Hilfestellung und sind insoweit Ausdruck heimatlicher Verbundenheit.

Von hier ansässigen extremistischen Ausländerorganisationen agieren verhältnismäßig wenige - z. B. Marxisten-Leninisten unterschiedlicher Nationalität - gegen die deutsche Verfassung. Der weit überwiegende Teil sucht - mehr oder weniger gewaltorientiert - die politischen Verhältnisse in den Heimatstaaten zu verändern.

Gesamtstärke ausländischer Extremisten nimmt ab

Die Anhängerzahl der extremistischen Ausländerorganisationen in Nordrhein-Westfalen belief sich Ende 1990 auf annähernd 20.000. Der Rückgang gegenüber 1989 (etwa 40.000) ist im wesentlichen auf den Verfall des orthodoxen Kommunismus zurückzuführen. Ein Teil der orthodox-kommunistischen Gruppen aus aller Welt entfaltete keine extremistischen Aktivitäten mehr; andere verloren erheblich an Anhängern. Diese Entwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß unter den ausländischen Extremisten die Gewaltbereitschaft zugenommen hat.

Die nachfolgend dargestellten Ausländerorganisationen kennen zumeist keine Mitgliedschaft im vereinsrechtlichen Sinne. Die Angabe "Mitglieder" ist daher im Sinne von Anhängern zu verstehen.

5.2 Türken

5.2.1 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (KAPLAN-Verband)

Sitz: Köln

Ziele: revolutionärer Sturz der türkischen Regierung und Errichtung eines islamischen Gottesstaates im Heimatland

Fundamentalistenführer propagiert "islamischen Weg"

Cemaleddin KAPLAN und sein fundamentalistischer Verband feierten im Oktober 1990 in Köln mit etwa 5.000 Anhängern das islamische Neujahrsfest. In einer aggressiven Rede propagierte KAPLAN erneut den "islamischen Weg" mit strenger Ausrichtung auf den Islam und unter Ausschluß politischer Parteien. Er bekräftigte den absoluten Führungsanspruch seiner Bewegung und rief zur Bekämpfung der politischen Gegner auf.

5.2.2 Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/M-L)

Sitz: Türkei
Mitglieder: (einschl. ATIF und ATIK): etwa 600 NRW
Ziel: bewaffnete Revolution in der Türkei

Basisgruppen ATIF und ATIK

Die Anhänger der gewaltorientierten TKP/M-L sind in Nordrhein-Westfalen in den Basisgruppen

- *Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF), Sitz Duisburg, und*
- *Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa e.V. (ATIK), Sitz Duisburg,*

organisiert.

Waffenbesitz

Mitte Januar 1990 nahm die Polizei in Duisburg zwei Türken fest. Bei Durchsuchungen ihres Fahrzeugs und ihrer Wohnungen wurden drei Pistolen, Munition und umfangreiches Schriftmaterial der ATIF sichergestellt. Sie werden des Verstoßes gegen das Waffen- und Ausländergesetz sowie der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verdächtigt.

5.2.3 TKP/M-L Bolsevik (TKP/M-L B)

Ziel: kommunistischer Umsturz im Heimatland

Bei dieser Gruppe der türkischen "Neuen Linken", die sich auch PARTIZAN BOLSEVIK nennt, handelt es sich um eine Abspaltung der TKP/ M-L.

Propagierung des "revolutionären Kriegs gegen die Türkei

Ihr Zentralkomitee hat aus Anlaß des Golfkonfliktes ein deutschsprachiges Flugblatt herausgebracht. Darin heißt es, die nationale Befreiung (der Türkei) könne nur durch einen revolutionären Krieg gegen (den türkischen) Imperialismus und Sozialimperialismus erreicht werden. Die Partei fordere ihre Anhänger auf, diese Ansicht an die Werktätigen heranzutragen. Die Golfkrise müsse als propagandistische Gelegenheit zum weiteren Aufbau der TKP/ M-L B genutzt werden.

5.2.4 Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

Sitz: Istanbul
Mitglieder: etwa 600 NRW
Ziel: kommunistische Gesellschaftsordnung in der Türkei

Trotz Verbots gewaltsame Aktivitäten/Spendenkampagne

Trotz ihres Verbots 1983 durch den Bundesminister des Innern ist die militante Devrimci Sol weiterhin aktiv. Auf einer zentralen Demonstration der türkischen

“Neuen Linken” im Mai 1990 in Köln lieferte sie sich Schlägereien mit Angehörigen von Partizan Bolsevik.

Seit Oktober 1990 führt sie in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens eine Spendenkampagne durch, die 400.000 DM erbringen soll. Weigern sich die Angesprochenen (namentlich türkische Geschäftsleute) zu zahlen, droht ihnen Devrimci Sol mit Gewalt. Allein im Raum Köln wurden acht Fälle von (z. T. versuchten) Spenderpressungen bekannt.

Terrorakte in der Türkei

In der Türkei verübt Devrimci Sol verstärkt Terrorakte gegen Personen des öffentlichen Lebens. Unter anderem hat sie sich Ende September zur Ermordung des ehemaligen Staatssekretärs Abas in Istanbul bekannt.

5.2.5 Devrimci Birlik (Revolutionäre Einheit)

Ziel: Unterstützung des “Widerstandes” und des kurdischen “Befreiungskampfes” in der Türkei

Bündnis der türkischen/kurdischen Neuen Linken

Seit 1989 besteht Devrimci Birlik als Zusammenschluß von fünf Organisationen der türkischen “Neuen Linken” mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Das Bündnis hält an der Parole fest: “Der Sozialismus wird siegen” (Flugblatt zum 1. Mai 1990) und will Propagandaaktivitäten bündeln.

Aktionen gegen die Türken

Mit einem Flugblatt vom Juli rief Devrimci Birlik zur Mobilisierung der Kräfte in Europa auf, um den “Widerstand gegen die kolonialistische faschistische Ordnung” im Heimatland zu unterstützen.

Maßgeblich beteiligt war das Bündnis an den zentralen Protestdemonstrationen der türkischen bzw. kurdischen “Neuen Linken” gegen den Heimatstaat

- *am 26. Mai in Köln (ca. 2500 Teilnehmer)*
- *am 8. September in Duisburg (rd. 2500 Teilnehmer) und in Köln (etwa 7000 Teilnehmer).*

5.3 Kurden

5.3.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Sitz der Europavertretung: vermutlich Köln
Mitglieder: (einschl. Nebenorganisationen): etwa 800 NRW
Ziel: Errichtung eines eigenständigen Kurdenstaates durch bewaffneten Kampf gegen die Türkei

Parteikonferenz Mai 1990

Auf ihrer 2. "nationalen Parteikonferenz" im Mai 1990 bekräftigte die marxistisch-leninistische PKK

- *ihren Glauben an den Sieg des wissenschaftlichen Sozialismus -trotz der Entwicklung im Ostblock*
- *daß der Kampf mit der Waffe auf der Tagesordnung des kurdischen Volkes stehe und*
- *daß sie sich, was ihre Bündnispolitik angehe, wie bisher auf die eigene Kraft stütze.*

Aus der letzten Äußerung läßt sich herleiten, daß die PKK ihre Mitgliedschaft in der Devrimci Birlik mehr aus taktischen Gründen eingegangen ist, um die Isolierung zu durchbrechen, in der sie sich wegen ihrer Mordtaten jahrelang befand.

Strafverfahren wegen Terrorismusverdachts

Vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf dauert der Strafprozeß gegen führende PKK-Funktionäre wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung und Ermordung Abtrünniger an.* Gegen den Prozeß und die Inhaftierung ihrer Gesinnungsgenossen wiederholten sich im Lauf des Jahres die Proteste von PKK-Anhängern.

Im Februar 1990 wurde in der Nähe von Gummersbach die Leiche eines 1987 ermordeten Partei-"Abweichlers" aufgefunden. Gegen einen tatverdächtigen PKK-Funktionär aus Witten hat der Generalbundesanwalt Anklage vor dem Oberlandesgericht Celle erhoben.

Protestaktionen gegen die Türkei

Mit zahlreichen - zum Teil gewaltsamen - Aktionen wandte sich die PKK wieder gegen den türkischen Staat sowie dessen Maßnahmen gegenüber dem kurdischen "Befreiungskampf". Häufig demonstrierten ihre Anhänger unangemeldet vor den türkischen Generalkonsulaten in Düsseldorf, Essen, Hürth und Münster sowie vor der Botschaft der Türkei in Bonn gegen den "faschistischen türkischen Kolonialismus" und für den "Volksaufstand" in Kurdistan. In Essen blockierten sie im März den Zugang zum türkischen Konsulat. Im April, August und November 1990 besetzten sie die Bundesgeschäftsstellen von CDU und SPD in Bonn sowie eine türkische Bank in Duisburg. Unter Verstoß gegen das Bannmeilengesetz demonstrierten sie im November 1990 in Bonn gegen "türkischen Staatsterror"

Unterstützung des bewaffneten "Befreiungskampfes"

Mit einer zentralen Veranstaltung Mitte August 1990 in Wuppertal (ca. 3.000 Teilnehmer), mit weiteren sogenannten Widerstandsveranstaltungen und in Publikationen propagierte die PKK ihren "bewaffneten Befreiungskampf" gegen die Türkei. Auf der Jahresfeier zur Parteigründung am 20. Oktober 1990 in Köln (annähernd 10.000 Teilnehmer) wurde ein Theaterstück aufgeführt, das die Festnahme, Folterung und Tötung türkischer Sicherheitskräfte durch "Kämpfer" der PKK zeigte.

Zur Finanzierung ihres "Befreiungskampfes" führte die PKK umfangreiche Spendenkampagnen durch. Auch rekrutierte sie weiterhin "Kämpfer" für den militäri-

schen Einsatz in Kurdistan. Dabei scheute sie sich nicht, Minderjährige gegen den Willen ihrer Eltern zur Ausbildung heranzuziehen. Zuletzt forderte sie im Herbst in ihrem Organ "BERXWEDAN" (Widerstand) die Beteiligung kurdischer Kinder am "Befreiungskampf"

Gewaltanwendung auch bei Mitgliederwerbung und Spendensammlung

Selbst bei der Werbung von Mitgliedern und beim Sammeln von Spenden greift die PKK zur Gewalt. Ein Kurde, der im Juni 1990 in Ennigerloh es ablehnte, der PKK beizutreten, wurde tödlich angegriffen. Bei Spendenkampagnen sind Nötigungen durch PKK-Sammler bekannt geworden.

* Zehn der 16 Angeklagten befinden sich inzwischen auf freiem Fuß, weil das Gericht bei ihnen Haftgründe nicht mehr als gegeben ansieht. Die vom Gericht Mitte März 1991 vorgeschlagene Verfahrenseinstellung gegen acht Angeklagte wegen Geringfügigkeit hat die Verteidigung abgelehnt: sie fordert Freispruch.

5.3.2 Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)

Sitz der Europavertretung: vermutlich Köln

Unterstützung der PKK

Als Nebenorganisation der PKK wirbt ERNK um Anhänger für die Mutterpartei und deren "bewaffneten Befreiungskampf". Diesem Zweck dienten ihre "Einheits- und Widerstandsveranstaltungen" im Februar und März 1990 in Bonn und Kleve.

Bekämpfung der Türkei

Mit Plakaten forderte ERNK im Mai 1990 zum Boykott türkischer Produkte auf. In einem Flugblatt zum 6. Jahrestag der bewaffneten "nationalen Befreiungsoffensive" (August 1984) droht ERNK "Kurdistan wird zum Grab für die Imperialisten und die Kolonialisten!".

Arbeiterunion als Untergruppe (Programm)

Innerhalb der ERNK besteht die Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK). In ihrem - 1990 im Agri-Verlag der PKK in Köln erschienenen - Programm setzt sie sich - wie die PKK selbst - zum politischen Ziel, in Kurdistan eine nationale Befreiungsrevolution mit Hilfe eines bewaffneten Volkskrieges zu erreichen. Diesen "Befreiungskampf" unterstützt sie mit allen Kräften.

Wer die Gruppendisziplin verletzt, etwa durch Verrat oder Mißachtung von Beschlüssen und Befehlen, wird mit Ausschluß, Gefängnis, Isolation oder ähnlichen Maßnahmen bestraft.

5.3.3 Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (FEYKA-KURDISTAN)

Sitz: Bonn

Unterstützung der PKK/Aktivitäten gegen die Türkei

Mit Hilfe ihrer Vereine in Bielefeld, Bonn, Duisburg und Köln steuerte die PKK-Nebenorganisation FEYKA-KURDISTAN folgende - hauptsächlich gegen die Türkei gerichtete - Aktivitäten:

- *Mahnwache mit Hungerstreik im März in Düsseldorf*
- *Demonstrationen am kurdischen Nationalfeiertag (21. März)*
- *Großkundgebung zum "Volksaufstand (Intifada) in Kurdistan" am 21. April in Köln*
(rund 7 500 Teilnehmer)
- *"Langer Protestmarsch" gegen den PKK-Prozeß im Mai von Bielefeld zum Oberlandesgericht Düsseldorf*
- *Zentraldemonstration der türkisch-kurdischen "Neuen Linken" am 8. September in Köln.*

5.4 Iraner

Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (MSV)

Sitz: Köln
Mitglieder: etwa 350 NRW
Ziel: Sturz des Mullah-Regimes im Heimatland

Unterstützung des bewaffneten Kampfes gegen das Mullah-Regime

Die MSV als islamisch-fundamentalistische Organisation mit marxistischer Prägung unterstützt die Volksmujahedin-Organisation Iran (PMOI) im Kampf gegen das Mullah-Regime.

Mit einer Demonstration in Bonn rief sie Ende Januar 1990 zur Unterstützung ihrer Nationalen Befreiungsarmee (NLA) auf, die im Heimatland unter Waffeneinsatz die Regierung stürzen will.

Protest gegen iranischen Staatsterrorismus

Im April 1990 protestierten MSV-Anhänger in Bonn massiv gegen das Mullah-Regime. Drei Tage zuvor war in Genf Dr. Kazem RADJAVI - Bruder des Führers der Volksmujahedin, Masoud RADJAVI - von unbekanntem Tätern ermordet worden. Die oppositionellen Iraner machen die Heimatregierung für den Anschlag verantwortlich. Sie werfen ihr vor, an terroristischen Aktivitäten gegen Regimegegner beteiligt zu sein.

Im Juni 1990 trafen sich etwa 2.000 Volksmujahedin-Anhänger in Bonn zum "Protest gegen den Terrorismus des Mullah-Regimes im Ausland".

5.5 Srilanker (Tamilen)

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Sitz der
Sektion Deutschland: vermutlich Gummersbach
Ziel: Schaffung eines unabhängigen Tamilenstaates im Norden Sri Lankas

Spendenerpressungen für den Guerillakampf

Zur Durchsetzung ihres Zieles führt die separatistische LTTE einen Guerillakrieg gegen die singhalesische Regierung ihres Heimatlandes. Die Finanzierung erfolgt in erheblichem Maße durch Spendensammlungen in Deutschland. Dabei erpressen LTTE-Anhänger ihre Landsleute zu Geldzahlungen mit der Drohung, andernfalls ihre Verwandten in Sri Lanka zur Rechenschaft zu ziehen. Fälle solcher Erpressungen sind insbesondere im Raum Mönchengladbach und im Kreis Borken bekannt geworden.

5.6 Palästinenser

5.6.1 Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)

Sitz: Köln
Mitglieder: etwa 60 NRW
Ziel: Schaffung eines selbständigen Palästinenserstaates

Lösung der Palästinafrage notfalls mit Gewalt

Auf einer Veranstaltung im März 1990 in Bonn mit Vertretern anderer Palästinensergruppen (rd. 600 Teilnehmer) wiederholte ein Führungsfunktionär der DFLP die im Friedensplan der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) enthaltenen Forderungen. Falls eine demokratische Lösung mit Israel nicht möglich sei, habe "das Gewehr den Weg der Palästinenser zu ebnen".

5.6.2 Palästinensischer Arbeiterverband (PAV)

Sitz: Wuppertal
Mitglieder: etwa 300 NRW
Ziel: Schaffung eines selbständigen Palästinenserstaates

Aufruf zum Kampf gegen Israel und USA

Der PAV bringt seit Herbst 1990 Videokassetten in Umlauf. Darin fordert er das palästinensische Volk zum Kampf gegen Israel und die USA und zum Widerstand in den von Israel besetzten Gebieten auf.

5.7 Reaktionen nah/mittelöstlicher Gruppen auf den Golfkonflikt

Sowohl nationalistische und islamisch-fundamentalistische als auch linksextremistische Gruppen aus der nah/mittelöstlichen Region (Iraner, multinationale Islamisten, Türken, Kurden) forderten aus unterschiedlichen Motiven den Rückzug des Irak aus Kuwait und den Abzug der US-Streitkräfte aus der Golfregion. Die Annexion Kuwaits durch den Irak (2. August) habe den "verhaßten US-Truppen" und ihren Verbündeten - "Feinden des Islams" / "Imperialisten" - willkommenen Vorwand für die Invasion am Golf geliefert.

Die von ARAFAT geführte Palästinensische Befreiungsfront (PLO) hatte ihre zunächst eindeutig pro-irakische Haltung zwischenzeitlich abgeschwächt, unterstützte dann aber wieder kompromißlos den Irak.

Andere linksextremistische, zum Teil terroristisch operierende Palästinensergruppen - u. a. ABU NIDAL-Organisation, Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando (PFLP-GC), Palästinensische Befreiungsfront (PLF) und die DFLP - haben sich ebenfalls bedingungslos hinter den Irak gestellt. Sie haben -ebenso wie Saddam HUSSEIN - weltweit mit Terroranschlägen gegen Einrichtungen oder Repräsentanten der USA und anderer Irak-Gegner gedroht.

5.8 Iren

Irish Republican Army (IRA)

Sitz: Belfast/ Nordirland

Ziele: "Befreiung" Nordirlands von britischer Herrschaft und Schaffung eines vereinten Irlands

Anschläge gegen die Britische Rheinarmee

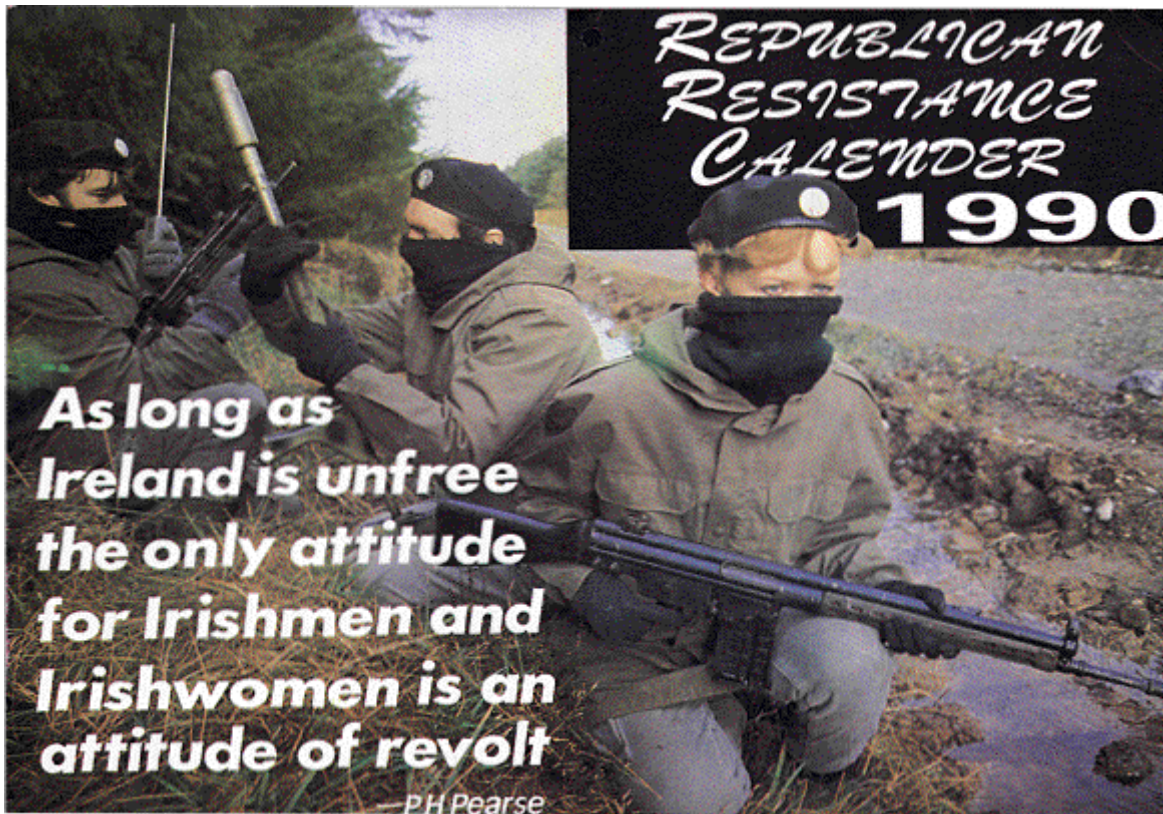
Ihren Kampf gegen die Briten führt die IRA nicht nur in Großbritannien, sondern auch auf dem europäischen Festland gegen Angehörige und Einrichtungen der Britischen Rheinarmee.

Nach einem fehlgeschlagenen Bombenattentat Anfang Mai in Hannover erschossen IRA-Aktivisten am 27. Mai in Roermond/NL zwei - für britische Soldaten aus Nordrhein-Westfalen gehaltene - australische Touristen (in einem PKW mit britischem Kennzeichen) und in der Nacht zum 2. Juni 1990 einen britischen Major in Dortmund. Diese Attentate und der Sprengstoffanschlag der IRA am 14. Juni 1990 in Hameln belegen die fortdauernde Entschlossenheit der nordirischen Terrororganisation, die Britische Rheinarmee immer wieder anzugreifen, wobei auch Unbeteiligte als Opfer in Kauf genommen werden. Von ihren Anschlägen in der Bundesrepublik verspricht sich die IRA größere psychologische und publizistische Wirkung als von ihrem antibritischen Vorgehen im Heimatland.

Haftbefehle und Strafverfahren gegen IRA-Aktivisten

Im Juni 1990 wurden im niederländisch-belgischen Grenzgebiet vier mutmaßliche IRA-Aktivisten festgenommen. Gegen zwei von ihnen hat der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof im November Haftbefehle erlassen wegen Verdachts der Beteiligung an den Attentaten in Hannover und Dortmund im Frühjahr 1990.

Mitte August 1990 hat vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf die Hauptverhandlung gegen die mutmaßlichen IRA-Terroristen McGEOUGH und HANRATTY begonnen. Ihnen wird vorgeworfen, an dem Sprengstoffanschlag auf die britische Kaserne in Rheindahlen im März 1987 beteiligt gewesen zu sein.



6 Spionageabwehr

6.1 Allgemeines

Wesentliche Beeinflussung der Arbeit der Spionageabwehr durch die Veränderungen in Osteuropa

Die dramatischen politischen Veränderungen in Osteuropa und die sich in der zweiten Jahreshälfte abzeichnende Entwicklung im Nahen Osten haben die Arbeit der Spionageabwehr wesentlich beeinflusst.

Die bedeutendsten Veränderungen für die Arbeit der Spionageabwehr im Jahre 1990 ergaben sich aus der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) sowie des militärischen Nachrichtendienstes (VA der NVA) der ehemaligen DDR, den bisherigen "Hauptarbeitgebern" der Spionageabwehr.

Durch Überläuferaussagen konnte eine große Zahl von Spionagefällen geklärt werden. Diese haben auch Eingang in die Statistik gefunden, vermitteln jedoch kein verlässliches Bild hinsichtlich des tatsächlichen Umfangs der gegnerischen Spionagetätigkeiten im Jahre 1990.

Die früher innerhalb der Warschauer-Pakt-Staaten abgestimmte Vorgehensweise der dortigen Nachrichtendienste ist nunmehr durch die geänderten innerpolitischen Verhältnisse in diesen Ländern entfallen. Eine entsprechende Neustrukturierung ist noch nicht abgeschlossen.

Aussagekräftige Tendenzen, wie sich die gegnerischen östlichen Nachrichtendienste auf die veränderten politischen Verhältnisse eingestellt haben, können anhand der 1990 angefallenen Erkenntnisse noch nicht aufgezeigt werden. Gleiches gilt hinsichtlich Zielrichtung und Zielobjekten der gegnerischen Nachrichtendienste (GND). Insbesondere ist noch nicht hinreichend erkennbar geworden, inwieweit sich die Aktivitäten hinsichtlich der Zielbereiche Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär vermindert oder verstärkt haben.

6.2 Lagebericht

Die Arbeit der Spionageabwehr ist im Jahr 1990 im wesentlichen durch folgende Umstände bestimmt worden:

Hinweise ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter der früheren DDR-Nachrichtendienste

Ein Teil ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS/AfNS und der VA der NVA - sogenannte Überläufer - hat u. a. den Verfassungsschutzbehörden sein "Fachwissen" angeboten, so z. B. im Falle des früheren Hauptmanns K. des MfS/AfNS. Seine Entlassung führte zu sozialen Spannungen und familiären Problemen. Er bewarb sich vergeblich um eine Anstellung bei Firmen der ehemaligen DDR. Versuche, eine freiberufliche Existenz aufzubauen, schlugen ebenfalls fehl. Schließlich wandte er sich an die Spionageabwehr und gab zahlreiche Hinweise auf Bundesbürger, die er früher als "Inoffizielle Mitarbeiter" (Agenten) geführt hatte. Durch seine Befragung konnte eine nicht unerhebliche Anzahl von Aktivitäten des ehemaligen MfS/AfNS gegen das Land Nordrhein-Westfalen geklärt werden. Sein

Wunsch auf Übernahme als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes wurde abgelehnt.

Die Spionageabwehr hat durch Überläuferaussagen auch Informationen über fortbestehende Aktivitäten ehemaliger MfS/AfNS Mitarbeiter erhalten. In diesem Zusammenhang ist bedeutsam, daß nachweislich noch im Oktober 1990 Treffs zwischen Agenten und ihren östlichen Führungsoffizieren stattgefunden haben. Ob es sich dabei um Aktivitäten des ehemaligen MfS oder des KGB handelt, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Jedenfalls steht fest, daß in Einzelfällen die sowjetischen Dienste (KGB und GRU) neben Erkenntnissen und technischem Gerät auch Agenten der früheren DDR-Nachrichtendienste übernommen haben.

Strukturänderungen der östlichen Nachrichtendienste

Die östlichen Nachrichtendienste haben ihre frühere Arbeitsteilung bezüglich der Zielländer und Zielobjekte aufgegeben; jeder Dienst wird seither "in eigener Sache" tätig. Deshalb mußte die Spionageabwehr dazu übergehen, die Aktivitäten jedes einzelnen Nachrichtendienstes in allen Bereichen (Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär) aufzuklären.

Nach wie vor bestehende Ausspähungsbemühungen verdeutlichen die folgenden Fallbeispiele:

Kontaktanlässe/Werbungsmethoden

Im Rahmen seiner Aussiedlungsbemühungen nach Nordrhein-Westfalen im Jahre 1988 wurde der Diplomingenieur A. durch massiven Druck eines KGB-Mitarbeiters nachrichtendienstlich verpflichtet. Damals unterschrieb er eine entsprechende Verpflichtungserklärung und erreichte dadurch problemlos seine Ausreise aus der UdSSR. Sein Führungsoffizier erklärte ihm, daß man sich zu gegebener Zeit mit ihm in Verbindung setzen werde.

1990 besuchte A. seine Freundin in der UdSSR. Vor ihrem Hause fing ihn ein Mann ab, der sich als "Boris" vorstellte und ihn an seine Verpflichtung aus dem Jahre 1988 erinnerte. Von "Boris" über seine Lebensverhältnisse in Deutschland befragt, erzählte A. von seiner Tätigkeit als Diplomingenieur in einem führenden deutschen Elektronikunternehmen. "Boris" forderte ihn daraufhin auf, Persönlichkeitsbilder wichtiger Führungskräfte dieser Firma zu erstellen; dabei solle er insbesondere auf negative Charaktereigenschaften eingehen. Um sicher ins Bundesgebiet zurückreisen zu können, sagte A. zu, den Auftrag zu erfüllen.

Nach seiner Rückkehr offenbarte sich A. gegenüber der Spionageabwehr des Landes NRW. Diese half ihm, sich unbeschadet aus dieser nachrichtendienstlichen Verstrickung zu lösen.

Im vorstehenden Fall erzwang der KGB die Zusammenarbeit mit A. durch massive Drohungen.

In letzter Zeit kam jedoch der KGB häufig mit einer anderen Methode zum Ziel. Er überzeugte Aussiedler, daß sich die UdSSR zu einem demokratischen Staat wandle und das Land daher auf Erkenntnisse aus den anderen demokratischen Staaten angewiesen sei. Eine Zusammenarbeit zwischen KGB und Aussiedlern sei in-

soweit für die "Perestroika" von großer Bedeutung. Von dieser "Betrachtungsweise" lassen sich immer wieder Aussiedler beeinflussen und erklären sich zu einer Spionagetätigkeit für den KGB und gegen die Bundesrepublik Deutschland bereit.

Auch eine weitere Anwerbungsmethode wird immer noch von östlichen Nachrichtendiensten angewandt:

Der Berufskraftfahrer U. aus K. führte LKW-Transporte ausschließlich nach Rumänien durch. Bereits bei seiner ersten Einreise drohten ihm rumänische Sicherheitskräfte ein Einreiseverbot an, falls er sich nicht zu einer nach richtendienstlichen Zusammenarbeit bereiterkläre.

U. rettete sich aus dieser mißlichen Situation, indem er um Bedenkzeit bat. Er hoffte, durch Benutzung anderer Grenzübergänge möglichen künftigen Ansprachen zu entgehen und hatte damit auch einige Monate lang Erfolg.

Seine "Glückssträhne" endete jedoch, als er nach einer "Liebesnacht" mit einer Rumänin wegen angeblicher Vergewaltigung von der Polizei festgenommen wurde. Während seiner Vernehmung boten ihm die Polizeibeamten an, von einer Strafverfolgung abzusehen, wenn er sich verpflichtete, für den rumänischen zivilen Nachrichtendienst zu arbeiten.



U. ging trotz der für ihn ungünstigen Umstände nicht auf dieses Angebot ein. Dies hatte zur Folge, daß er sich mit einem hohen Geldbetrag seine Freilassung "erkaufen" mußte. Er glaubte, nun seine "Verfolger" endgültig los zu sein.

Bei einem weiteren Aufenthalt wurde U. von rumänischen Zollmitarbeitern ein angeblicher Verstoß gegen die dortigen Zollbestimmungen vorgeworfen, um ihn zu bewegen, sich doch noch zu einer nachrichtendienstlichen Mitarbeit bereitzuerklären. Durch die Androhung, die Deutsche Botschaft einzuschalten, gelang es ihm, ohne weitere Komplikationen einer Verpflichtung zu entgehen und zurückzureisen.

In Nordrhein-Westfalen unterrichtete er den Verfassungsschutz über seine unfreiwilligen Erlebnisse.

Der folgende Fall zeigt, daß östliche Nachrichtendienste selbst vor Geistlichen nicht Halt machen:

Kasimir S., katholischer Pfarrer in Warschau, hatte bereits zwei erfolglose Anträge auf Genehmigung einer Besuchsreise in die Bundesrepublik Deutschland gestellt,

als er im Februar 1990 eine polizeiliche Vorladung erhielt. Er ging zur Polizeidienststelle, wo man ihn fälschlicherweise beschuldigte, einen Verkehrsunfall mit Fahrerflucht begangen zu haben. Sein Führerschein wurde ihm abgenommen. Die Polizisten kamen bei der Vernehmung auch sehr schnell auf das eigentliche Thema. Mit der Drohung, ein Strafverfahren gegen ihn einzuleiten und insbesondere seine kirchlichen Vorgesetzten über "sein schändliches Verhalten" zu unterrichten, versuchten sie, ihn gefügig zu machen. Sie verlangten von ihm, sich zu einer nachrichtendienstlichen Mitarbeit zu verpflichten; "dann könne man über alles reden und von Maßnahmen gegen ihn absehen". Es nutzte S. nichts, immer wieder seine Unschuld zu beteuern.

Während des Gesprächs ließen seine Vernehmer geschickt einfließen, daß sie um seine erfolglos beantragten Besuchsreisen nach Deutschland wüßten und man ggf. auch hier zu helfen bereit sei.

Unter dem Druck der Umstände ging der Geistliche zum Schein auf die Forderungen ein und unterschrieb eine bereits vorgefertigte schriftliche Mitarbeitserklärung. Auch mußte er schriftlich zusichern, die Gespräche und die Verpflichtung geheimzuhalten.

Nun konnte S. als "freier Mann" mit seinem Führerschein das Polizeibüro verlassen. Und nicht nur das, plötzlich erhielt er sogar die Genehmigung zu Besuchsreisen ins Bundesgebiet.

Vor Antritt seiner ersten Reise erteilte ihm der polnische Nachrichtendienst Spionageaufträge, die er im Rahmen seines Aufenthaltes und seiner Kontakte in der Bundesrepublik Deutschland erfüllen sollte. Nach seiner Ankunft in Nordrhein-Westfalen offenbarte er sich der hiesigen Spionageabwehr. Auch in diesem Fall konnte der Verfassungsschutz helfen, S. aus seiner "Zwangslage" zu befreien.

Wenngleich sich die Beispiele auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vor der Vereinigung beziehen, ist davon auszugehen, daß derartige nachrichtendienstliche Aktivitäten seit dem 3. Oktober 1990 auch in den neuen Bundesländern stattgefunden haben.

Es darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß die Deutsche Vereinigung für die östlichen sowie andere gegnerische Nachrichtendienste eine "Erweiterung ihres Operationsgebietes" bedeutete. Dieser Umstand erforderte für sie den Neuaufbau eines Agentennetzes in den neuen Bundesländern und dessen Integration in bestehende Strukturen im ehemaligen Bundesgebiet. Insoweit galt es auch für den Verfassungsschutz in NRW, diese Prozesse zu beobachten und möglichst zu unterbinden.

Nachrichtendienste außerhalb der Warschauer-Pakt-Staaten

Vermehrte Aktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste wie z. B. einiger arabischer Staaten, bedingten eine verstärkte Beobachtung durch die Spionageabwehr. Hierbei waren insbesondere die Bereiche Wirtschaft und Wissenschaft durch gesteigerte nachrichtendienstlich gesteuerte Technologiebeschaffung betroffen. Nordrhein-Westfalen als industrielles und wirtschaftliches Zentrum stand dabei nach wie vor im besonderen Interesse der Nachrichtendienste dieser Staaten.

6.3 Ausblick für die Spionageabwehr

Die ehemaligen DDR-Nachrichtendienste haben ihre Aufklärungstätigkeiten im Frühjahr 1990 offiziell eingestellt. Erkenntnisse belegen aber, daß noch nicht alle Agenten des ehemaligen MfS enttarnt worden sind und zum Teil an andere gegnerische Nachrichtendienste (insbesondere an die sowjetischen Nachrichtendienste KGB und GRU) übergeben wurden oder sich diesen angeboten haben. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen.

Hinzu kommen umfangreiche Klärungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Aufarbeitung von Überläuferaussagen.

Wie die politische Entwicklung und der Lagebericht zeigen, wird die Tätigkeit der Spionageabwehr in Zukunft unter geänderten Schwerpunkten erfolgen müssen.

Wenn man dabei berücksichtigt, daß das vereinte Deutschland politisch und wirtschaftlich für gegnerische Nachrichtendienste von besonderem Interesse ist und darüber hinaus die politischen Veränderungen in Osteuropa neue Strukturen und Methoden der dortigen Nachrichtendienste zur Folge haben, wird deutlich, daß die Spionageabwehr ihrem gesetzlichen Auftrag nur bei zumindest gleichbleibendem Aufwand nachkommen kann.

Die Spionageabwehr ist dabei nach wie vor auf die Mithilfe aus der Bevölkerung angewiesen und steht auch denen, die Anwerbungsaktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste ausgesetzt sind oder waren, als Ansprechpartner zur Verfügung; den zuletzt Genannten ist eine Kontaktaufnahme im eigenen Interesse anzuraten.

Die Spionageabwehr ist wie folgt zu erreichen

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
- Abteilung VI -
Haroldstraße 5
4000 Düsseldorf 1
Telefon (0211) 8 71-2821

7 Maßnahmen im Bereich des Justizministeriums

Die Justizbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen sind, wie schon in den Vorjahren, auch 1990 in erheblichem Maße mit Strafverfahren, deren Gegenstand Straftaten im Zusammenhang mit extremistischen Umtrieben waren, befaßt worden.

7.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten

Bei den Staatsanwaltschaften des Landes sind im Jahre 1990 insgesamt 1.144 einschlägige Verfahren neu anhängig geworden. In dieser Zeit ist in 164 Verfahren gegen 237 Personen Anklage erhoben worden bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 135 Personen; 18 Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 106 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

7.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten

Wegen Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist, haben die Staatsanwaltschaften im Berichtszeitraum insgesamt 509 Verfahren neu eingeleitet. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1990 ist in 69 Verfahren gegen 91 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt worden. 39 Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt; 10 Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 44 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

8 Entwicklung des NADIS-Datenbestandes

